

Der Zimmerer.

Organ des Zentralverbandes der Zimmerer u. verw. Berufsgenossen Deutschlands (Sitz Hamburg)

und

Publikationsorgan der Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Zimmerer (C. H. Nr. 2 in Hamburg).

Erscheint wöchentlich, Sonnabends.
Abonnementpreis pro Quartal (ohne Bestellgeld) M. 1,50.
Zu beziehen durch alle Postanstalten.

Verantwortlicher Redakteur und Verleger: A. Brinmann, Hamburg.
Redaktion, Verlag u. Expedition: Hamburg 1, Befensbinderhof 57/66, III.

Anzeigen:
Für die dreigesaltene Beitzelle oder deren Raum 30 A
für Versammlungsanzeigen 10 A pro Zeile.

Das Wesen des Tarifvertrages und seine Wandlung.

Von der Auffassung ausgehend, die Tarifpolitik unseres Zentralverbandes muß eine Wissenschaft möglichst aller Verbandsmitglieder werden, hat der Zentralvorstand unseres Verbandes den stenographischen Bericht über die zentralen Verhandlungen zur Feststellung eines Tarifvertragsmusters vom 11. und 12. November 1909 in Berlin im Druck erscheinen lassen und den Verbandszahlstellen zugestellt. Es ist somit die Möglichkeit gegeben, daß die Verbandsmitglieder in weiteren Kreisen sich über jene Verhandlungen informieren können. Wer den Bericht nicht nur liest, sondern auch darüber nachdenkt, wer sich also auf Grund jenes Berichtes von jeder zum Tarifvertragsmuster beantragten Bestimmung ein Bild zu machen sucht, der wird damit schon hübsch tief in das Wesen des Tarifvertrages eindringen und die großen Differenzen erkennen, die in der Auffassung des Tarifvertrages zwischen den Unternehmerverbänden und den Gewerkschaften bestehen.

Es gehören aber noch einige geschichtliche Erinnerungen aus der Entwicklung des Tarifvertrages hinzu. Der Tarifvertrag als Rechtsgeschäft ist im Zimmer- bzw. Baugewerbe noch sehr jung. Der schlagendste Beweis dafür ist die Tatsache, daß Fritz Schmelzer, der Sekretär des Verbandes der Baugeschäfte von Berlin und Vororte, im Jahre 1905 ein Buch nicht etwa über den Tarifvertrag schrieb, sondern über Tarifgemeinschaften, worin er ausführte: „Hinsichtlich der wechselseitigen Vorschriften zur Innehaltung und Durchführung eines Tarifvertrages besteht für die vertragschließenden Parteien nur eine sittliche, keine rechtliche Pflicht der Durchführung.“ Bis dahin hatte die Auffassung, als handle es sich in den Tarifverträgen um Rechtsgeschäfte, noch keine praktische Bedeutung erlangt, „auch die Tarifparteien haben sich mit ihr nicht näher befreundet können. Ueber dem Streben, die Durchführbarkeit zu erleichtern bzw. zu erhöhen, wird verkannt — schreibt Schmelzer selbst noch in seiner zweiten Auflage vom Jahre 1906 —, daß die Tarifverträge auf gegenseitigem Vertrauen beruhen und ihre innere Kraft darin bestehen soll, daß der freie moralische Wille, der die Bestimmungen festsetzt, auch für ihre Durchführung eingesezt werden muß, daß das Schwergewicht daher auf der faktischen, nicht auf der rechtlichen Durchführung beruht.“ (Seite 125 und 130.) Erst aus dem dreibändigen Werke des Kaiserlichen Statistischen Amtes: „Der Tarifvertrag im Deutschen Reich“, das ebenfalls im Jahre 1906 erschien, erfahren wir, daß der Tarifvertrag ein Rechtsgeschäft mit rechtsverbindlicher Kraft sei, soweit in ihm selbst für seinen ganzen Inhalt oder für einzelne Teile die Rechtsverbindlichkeit nicht ausdrücklich ausgeschlossen ist. Ein gesetzliches Hindernis dieser Verbindlichkeit bestehe nach deutschem Rechte nicht, dem Parteilwillen der Kontrahenten entspreche sie. (Band 1, Seite 63.)

Vor dem Kaiserlichen Statistischen Amt und vor dem Erscheinen von Schmelzers Schrift hatte allerdings im Jahre 1902 Professor Philipp Lotmar in seinem Werke: „Der Arbeitsvertrag nach dem Privatrecht des Deutschen Reiches“, die Rechtsverbindlichkeit des Tarifvertrages bereits behauptet, und zwar in einer Weise, womit sich auch die Arbeiter befreundet könnten. Aber alles das, was den Arbeitern in der Lotmarschen Darstellung zusagt, hat in Deutschland keinen Anklang gefunden, nur was sich im reaktionären Sinne gegen die Arbeiter verwenden läßt, hat in Deutschland Anerkennung, in dem Werke des Kaiserlichen Statistischen Amtes auch Beifall gefunden und ist in die Spruchpraxis der Justiz übergegangen. Damit hat der Tarifvertrag in Deutschland eine Bedeutung erlangt, die kein Arbeiter gewünscht oder gewollt hat.

Wie bereits im „Tarifvertrag im deutschen Zimmergewerbe, mit besonderer Berücksichtigung der Tarif-

bewegung im Jahre 1908“ nachgewiesen ist, stammt die Tarifidee in Deutschland aus der Zeit der sogenannten Lohn-Tagordnungen bzw. der behördlichen Lohnfestsetzungen. Die ersten modernen Gewerkschaftsbestrebungen äußerten sich nicht nur darin, die Löhne zu erhöhen und die Arbeitszeit zu verkürzen, sondern gleichzeitig auch darin, den Lohn und die Arbeitszeit zu tarifieren. Und es ist niemand eingefallen, nur für die organisierten Arbeiter einen Tarif zu schaffen, sondern der zu schaffende Tarif sollte immer für den ganzen Beruf, beziehungsweise für alle Zimmerarbeiten des betreffenden Ortes gelten. Der Tarif hatte in allen Fällen die Bedeutung eines kollektiven Arbeitsvertrages, der als zwischen der Gesamtheit der Zimmererunternehmer und der Gesamtheit der Zimmerer eines Ortes abgeschlossen aufgefaßt wurde. Die Organisation war wohl die Sachwalterin der Berufsgenossen, nicht aber die Trägerin des Tarifs. Die Innungen der Unternehmererschaft und die lokalen Organisationen der Arbeiter beriefen allgemeine Versammlungen ihrer Berufsgenossen; diese wählten Komitees, die miteinander verhandelten. Das Resultat wurde wieder den allgemeinen Versammlungen unterbreitet und in der Regel von ihnen bestätigt und dann auch durchgeführt. Die Organisation wachte darüber. Später verpflichteten sich die Organisationen ausdrücklich, die so zustande gekommenen Tarife anzuerkennen und für ihre Durchführung zu sorgen. Der lokale kollektive Arbeitsvertrag zwischen der Gesamtheit der Zimmererunternehmer und der Gesamtheit der Zimmerer eines Ortes wurde somit gleichzeitig zum Tarifvertrage (Tarifgemeinschaft genannt) zwischen zwei oder mehreren Organisationen.

Nachdem die Tarifbewegung auf dieser Grundlage schöne Fortschritte gemacht, versuchten die Baugewerksinnungen einen Keil hineinzutreiben durch Abschluß von Lohn- und Arbeitstarifen mit Innungsgesellensauschüssen. Solche Tarife konnten nur für den engen Kreis der Innungen Geltung haben, und sie mußten zu anarchischen Zuständen führen. Deshalb beschloß die 14. Generalversammlung unseres Zentralverbandes im Jahre 1901: „Repräsentanten der Arbeiter sind die modernen Gewerkschaftsverbände; die sich aus Mitgliedern solcher Verbände rekrutierenden Gesellensauschüsse vertreten nur insofern die Gesellschaft und deren Organisation und sind nur dann berechtigt, im Auftrage der letzteren auf Lohn- und Arbeitsbedingungen Bezug habenden Innungsbeschlüssen ihre Zustimmung zu geben, wenn sie von Fall zu Fall von der Organisation der Zimmerer dazu ermächtigt werden oder sich vorher die Gewißheit verschaffen, daß die Organisation die Zustimmung zu diesen Beschlüssen erteilen wird.“ So ist es gekommen, daß der Ortstarif nicht zerstückelt wurde.

Die Baugewerksinnungen traten mehr und mehr zurück, lokale Unternehmerverbände traten in den Vordergrund. Nachdem ihre Absicht, die Lohn- und Arbeitsbedingungen eigenmächtig zu diktieren, niedergelämpft worden war, vereinbarten auch sie mit den Gewerkschaften Lohn- und Arbeitstarife auf der vorbeschriebenen Grundlage. Daß sich diese Lohn- und Arbeitstarife, die schon des öfteren Tarifverträge genannt wurden, bewährt haben, bezeugt eine statistische Erhebung des Unternehmerbundes aus dem Jahre 1903. Selbst in Leipzig hatte man danach mit der lokalen Tarifgemeinschaft „die denkbar besten Erfahrungen gemacht“.

Der Uebergang von lokalen Tarifvereinbarungen zu Tarifverträgen, die auf einem einheitlichen Tarifmuster basieren, hat sich in der Hauptsache hinter den Kulissen abgepielt. Was darüber in die Öffentlichkeit gedrungen, ist beschrieben in dem allen Verbandsmitgliedern zugänglichen Buche: „Der Tarifvertrag im deutschen Zimmergewerbe mit besonderer Berücksichtigung der Tarifbewegung im Jahre 1908.“ Seite 105 ff.

Die im Jahre 1908 den Gewerkschaften aufgezwungenen Tarifverträge stellen ein Mittelglied zwischen örtlichem kollektivem Arbeitsvertrag und Verbandstarifver-

trag dar. Was in ihnen noch an den örtlichen kollektiven Arbeitsvertrag erinnerte, ist inzwischen durch die Rechtsprechung stark erschüttert und in ihrem neuen Vertragsmuster drängen die Unternehmerverbände darauf, den letzten Rest des örtlichen kollektiven Arbeitsvertrages über Bord zu werfen und einen Verbandstarifvertrag mit lokaler Fixierung zu schaffen. Das ist die tiefgehende Wandlung, die sich im Wesen des Tarifvertrages vor unseren Augen vollzieht, ohne daß es viele gewahr werden.

Während die früheren Tarifverträge oder Tarifgemeinschaften kollektiven Arbeitsverträgen gleichgeachtet wurden, indem sie „Ortsgebrauch“ schufen — eine Auffassung, die auch die Gewerbegerichte vertraten —, sind die Verbandstarifverträge das genaue Gegenstück; sie werden treffend definiert in dem Hamburger Gewerbegerichtserkenntnis vom 11. Dezember 1908, in dem es heißt: „Der Hauptzweck der Tarifverträge kann nämlich nach dem geltenden Recht nur der sein, daß die Vertragsparteien, d. h. die Korporationen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer bzw. ihre Vorstände, rechtlich verpflichtet werden sollen, ihrerseits mit allen zulässigen Mitteln dahin zu wirken, daß auch die Mitglieder der Korporationen die im Tarif festgelegten Arbeitsbedingungen als gültig ansehen. Tun die Korporationen bzw. ihre Vorstände das nicht oder veranlassen sie selbst sogar die Nichtbefolgung der tarifvertraglichen Bestimmungen, so machen sie sich des Tarifbruchs schuldig.“ Die einzelnen Unternehmer und Arbeiter können trotz eines solchen Tarifvertrages „besondere Arbeitsbedingungen, welche von dem Tarifvertrage abweichen, miteinander ausdrücklich vereinbaren“, sie verstoßen damit nicht gegen einen solchen Tarifvertrag. Gewiß, man kann sagen, das könne sich auch an den Unternehmern rächen, indem die einzelnen Arbeiter in Zeiten flotter Konjunktur über den Tarifvertrag hinaus drängen. Allein was ist der einzelne Arbeiter selbst während der Hochkonjunktur ohne Organisation? Diese Wandlung in der Wirksamkeit des Tarifvertrages kommt lediglich rücksichtslosen Ausbeutern zugute, sie richtet sich gegen die Gewerkschaften!

Noch eine andere Wandlung ist nicht außer acht zu lassen. Die Tarifvereinbarungen haben sich bis vor kurzem darauf beschränkt, die Löhne und die Arbeitszeit zu fixieren. Das Arbeitsverhältnis und die Produktion an sich wurden vom Tarif nicht berührt und die Gewerkschaften bezweckten nicht, Einfluß darauf geltend zu machen. Ihre Wirksamkeit ging nur dahin, ihre Mitglieder im Arbeitsverhältnis zu schützen. Das geht aber den Unternehmerverbänden schon zu weit. Unter dem Vorwande, sie wollen etwaigen Eingriffen der Gewerkschaften in die Produktion vorbeugen, drängen sie auf einen Tarifvertrag, der den Arbeiter im Arbeitsverhältnis von seiner Gewerkschaft loslöst, ihn der Willkür des Unternehmers unterwirft.

Basierte die Durchführung eines solchen Tarifvertrages nur noch auf der sittlichen, nicht auf der rechtlichen Pflicht, dann würden die Unternehmerverbände zu so unverschämten Zumutungen gar nicht kommen. Ihre Zumutungen verstoßen im wahrsten Wortsinne gegen die guten Sitten. Nachdem der Tarifvertrag aber zum Rechtsgeschäft mit rechtsverbindlicher Kraft erniedrigt ist, kann man den Gewerkschaften solche Zumutungen antragen. Das ist der „Segen“ dieser Wandlung.

Die Lebenshaltung der Zimmerer.

II.

H. Unter den 852 Haushaltungsrechnungen, die das Statistische Amt veröffentlicht hat, befinden sich 19 von Zimmerern. Von diesen wohnten in Barmen 1, Hamburg 9, Chemnitz 1, Kiel 1, Dresden 5, Nürnberg 1, Plauen 1, also alle in Großstädten.

Das Statistische Amt hat auch bei der Gruppierung nach dem Berufe des Haushaltungsvorstandes sämtliche

Zahlen auf Durchschnittszahlen gebracht. Das durchschnittliche Einkommen der 20 Zimmerer (das Amt hat in dieser Uebersicht angegeben, daß 20 Zimmerer an der Erhebung beteiligt sind, während wir in der Uebersicht I, die alle Einzelbudgets enthält, nur 19 Zimmerer verzeichnet gefunden haben) beträgt M. 2018,78; hier- von fallen auf:

Arbeitseinkommen des Mannes	M. 1624,62 = 80,5 pSt.
Nebenarbeit	47,65 = 2,3 "
Erwerb der Frau	86,45 = 4,3 "
" Kinder	60,65 = 3,0 "
Einnahme aus Mierniete	58,95 = 2,9 "
Sonstige bare Einnahme	136,71 = 6,8 "
Naturaleinnahmen	3,75 = 0,2 "
Zusammen	M. 2018,78 = 100,0 pSt.

Natürlich wird dieses hohe Durchschnittseinkommen, wie schon diese Uebersicht zeigt, nicht von dem Mann allein erworben, sondern es wird aus verschiedenen Quellen gespeist. Unter allen Familien ist nur eine einzige, die außer dem regulären Verdienst des Mannes keine Einnahme hat. Das Einkommen dieses Kameraden, der in Chemnitz wohnt, beträgt M. 1360,19; er bleibt also in seinem Verdienst ganz wesentlich zurück hinter dem Durchschnitt der obigen Tabelle mit M. 1624,62. Unter diesem Durchschnitt bleiben auch der Kamerad aus Barmen, die fünf aus Dresden, einer aus Hamburg und die beiden aus Nürnberg und Plauen. Den Durchschnitt übersteigen mit ihrem Verdienst acht Kameraden aus Hamburg und der aus Kiel. Es hatten einen Arbeitsverdienst von

M. 1100 bis 1200	2 Zimmerer (Dresden)
" 1200 " 1300	2 " (Dresden)
" 1300 " 1400	2 " (Chemnitz, Dresden)
" 1400 " 1500	3 " (Hamburg, Nürnberg, Plauen)
" 1500 " 1600	1 " (Barmen)
" 1600 " 1800	0 "
" 1800 " 1900	4 " (3 Hamburg, 1 Kiel)
" 1900 " 2000	3 " (Hamburg)
" 2000 " 2100	1 " (Hamburg)
" 2200 " 2300	1 " (Hamburg)

Die höchsten Arbeitsverdienste sind also in Hamburg erreicht worden, die niedrigsten in Dresden. Erwerb aus Nebenbeschäftigung hatten 10 Kameraden, von denen 4 in Dresden, 4 in Hamburg und je 1 in Kiel und in Nürnberg wohnten. Dieser Erwerb war, abgesehen von einem Hamburger Kollegen, der M. 664 als Nebenerwerb verzeichnet, bei allen sehr gering. Einnahmen aus Arbeit der Frau finden sich in 10 Fällen, und zwar bei sämtlichen 5 Dresdener Kameraden, bei 3 aus Hamburg und bei je 1 in Kiel und in Plauen. Sie sind am höchsten in Dresden, wo wir in zwei Familien zwischen M. 200 und M. 300 Einnahmen dieses Ursprungs finden, was wohl auf den geringen Verdienst der Männer zurückzuführen ist, der, wie wir gesehen haben, in Dresden wesentlich hinter dem in Hamburg erreichten zurückbleibt. Vom Verdienst erwachsener Kinder erhielten nur drei Familien (1 in Barmen, 2 in Hamburg) Zuwendungen. Sonstige bare Einnahmen, die fast immer entweder aus Darlehen oder aus Rück- erhebungen von Spareinlagen stammen, finden sich in 17 Familien.

Die Durchschnittsausgabe in den Familien der Zimmerer betrug M. 2000,74. Die Kameraden gehören also zu den „wirtschaflichen“ Familien insofern, als sie sich mit ihren Ausgaben den Einnahmen angepaßt haben, während, wie wir im ersten Teil gesehen haben, im Durchschnitt der 852 Familien die Ausgaben größer sind als die Einnahmen. Von der Durchschnittsausgabe wurden verwendet für:

Nahrungs- und Genußmittel	M. 1026,99 = 51,3 pSt.
Kleidung	235,66 = 11,8 "
Wohnung	356,33 = 17,8 "
Heizung und Beleuchtung	78,61 = 3,9 "
Sonstiges	303,15 = 15,2 "

Die Verteilung der Ausgaben deckt sich natürlich fast genau mit der, die wir bei Betrachtung der Wohl- habenheitsstufen in der Stufe von M. 1600 bis M. 2000 gefunden haben.

Wir können hier nicht alle Einzelheiten der Haus- haltungsrechnungen der Zimmerer durchgehen, sondern wollen uns auf zwei beschränken, und zwar wollen wir den Arbeiter mit dem geringsten Gesamteinkommen und einen von denen mit dem höchsten Gesamteinkommen nehmen. Eine Gegenüberstellung dieser beiden Haus- haltungsrechnungen gibt folgendes Bild:

	Einnahmen:	
	Chemnitz (Ehepaar und 4 Kinder im Alter von 1 bis 10 Jahren)	Hamburg (Ehepaar und 4 Kinder im Alter von 8 bis 12 Jahren)
Gesamteinkommen	1360,19	2443,80
Darvon sind:		
Arbeitsverdienst des Mannes	1360,19	2067,70
Nebenarbeit	—	9,—
Erwerb der Frau	—	190,10
Sonstige Einnahmen	—	177,—
Summa	1360,19	2443,80

Ausgaben:

	Chemnitz (Ehepaar und 4 Kinder im Alter von 1 bis 10 Jahren)		Hamburg (Ehepaar und 4 Kinder im Alter von 8 bis 12 Jahren)	
	M.	in Pro- zenten	M.	in Pro- zenten
Nahrungs- und Genuß- mittel	804,77	57,3	1183,62	50,7
Kleidung	106,55	7,6	381,53	16,4
Wohnung	166,46	11,8	317,40	13,6
Heizung u. Beleuchtung	158,53	11,3	104,—	4,5
Gesundheits- u. Körper- pflege	3,25	0,2	23,81	1,0
Unterricht, Schulgeb., Lehrmittel	9,13	0,7	32,11	1,4
Geistige und gesellige Bedürfnisse	—,50	—	104,50	4,5
Staat, Gemeinde, Kirche	21,40	1,5	15,90	0,7
Vor- und Fürsorge	12,—	0,9	59,—	2,5
Verkehrsmittel	—	—	15,50	0,7
Persönliche Bedienung	—	—	—,30	—
Geldgeschenke	—	—	1,70	0,1
Schuldentilgung, Zinsen	—	—	7,—	0,3
Erwerbskosten	—	—	24,70	1,0
Sonstige Ausgaben	122,83	8,7	60,79	2,6
Summa	1405,42	100,0	2331,86	100,0

Beide Familien sind in der Zusammensetzung ziem- lich gleich, nur sind die Kinder in der Familie in Chem- nitz jünger als in der Hamburger Familie. Für Nah- rungs- und Genußmittel kann die Hamburger Familie aber zirka M. 380 mehr aufwenden als die Chemnitzer, trotzdem ist die relative Ausgabe für Nahrung geringer, wodurch es ermöglicht wird, daß die Kleidausgabe fast das Vierfache, und die Ausgabe für Wohnung fast das Doppelte betragen kann. Charakteristisch sind auch die Aufwendungen für geistige und gesellige Bedürf- nisse, worunter die Ausgaben für Zeitungen und Bücher, Vereinsbeiträge und Vergnügungen zusammengefaßt sind. Hierfür kann in der Familie mit dem geringen Einkommen überhaupt so gut wie nichts (50 J.) ver- wendet werden, während der Hamburger Zimmerer doch M. 104,50 für diese Zwecke gebrauchen kann; auch bei den Ausgaben für Vor- und Fürsorge tritt der große Unterschied in der Wirtschaft zwischen zwei verschieden gelohnten Arbeitern deutlich zutage. In beiden Fa- milien ist die hierzu verwendete Summe absolut gering; sie ist aber bei dem Zimmerer mit dem höheren Ein- kommen doch fünfmal so groß, als bei dem mit dem niedrigeren Einkommen.

Die Zusammensetzung der Nahrung wird natürlich durch die Höhe des Einkommens auch erheblich beein- flußt, und zwar werden in den Familien mit geringerem Einkommen die tierischen Nahrungsmittel durch die pflanzlichen ersetzt. Die beiden Familien zeigen fol- gende Verteilung der Nahrungsausgabe:

	Zimmerer in Chemnitz (Ehepaar u. 4 Kinder) Gesamteinkommen M. 1360,70	Zimmerer in Hamburg (Ehepaar u. 4 Kinder) Gesamteinkommen M. 2443,80
Fleisch, Schinken, Speck	81,54	184,82
Wurst	34,23	57,70
Fische	33,34	56,90
Butter	94,67	—
Schmalz, Margarine	20,90	123,02
Käse	34,28	16,20
Eier	10,41	26,62
Kartoffeln	49,95	53,74
Grünwaren	22,59	26,53
Salz, Gewürze, Del.	10,31	9,23
Zucker, Sirup, Honig	24,82	33,85
Mehl, Reis, Hülsenfrüchte	64,20	32,31
Obst und Südfrüchte	3,17	38,35
Brot und Backwaren	171,80	190,47
Kaffee und Kaffeekaffee	9,62	16,08
Tea, Schokolade, Kakao	—	10,61
Milch	115,10	94,44
Uebrigte Getränke im Hause	23,24	10,75
Sonstige Nahrungsmittel	—	1,77
Tabak und Zigarren	—,50	44,40
Ausgaben in Gastwirtschaft	—,10	155,83
Zusammen	804,77	1183,62

Während die Familie in Chemnitz für Fleisch, Wurst und Fische nur M. 149,11 aufwenden kann, gibt die Familie in Hamburg hierfür M. 299,42, also genau doppelt soviel aus. Bei den Ausgaben für Mehl, Reis und Hülsenfrüchte hat sich das Bild vollständig ge- wendet: hier ist der Aufwand in der ärmeren Familie doppelt so hoch als in der bessergestellten; die billigeren Vegetabilien sind an Stelle des teuren Fleisches ge- treten. Wenn nun auch berücksichtigt werden muß, daß in der wohlhabenderen Familie die Kinder etwas älter sind als in der ärmeren, so bleibt doch immer ein Unter- schied bestehen, der nur durch die verschiedene Wohl- habenheit zu erklären ist und der in der obenstehenden Tabelle auch noch recht scharf in den Aufwendungen für Obst und Südfrüchte und für Tea, Schokolade und Kakao zum Ausdruck kommt.

Betrachten wir aber noch einmal die Aufwendungen des bessergestellten Zimmerers, so wird sich auch bei schärfster Kontrolle kein Posten finden lassen, der als hoch zu bezeichnen ist, im Gegenteil, manche Ausgaben halten sich in so engen Grenzen, daß die Annahme nicht von der Hand zu weisen ist, daß die Ernährung nicht genügend ist; im besten Falle wird sie eben den physio- logischen Bedürfnissen genügen.

Die Ausgaben für Tabak und Verkehr in Gastwirt- schaften könnten von manchem als hoch erklärt werden. Wir wollen hier über Notwendigkeit oder Angemessen- heit nicht rechten. Streichen wir sie aber vollständig, so bleibt immer noch eine Gesamtausgabe von M. 2131,63, die also das Durchschnittseinkommen der an der Er- hebung beteiligten Zimmerer, das M. 2018,78 beträgt, übersteigt. Wenn aber erst bei diesem den Durchschnitt übersteigenden Einkommen eine einigermaßen aus- reichende Ernährung möglich ist, wie schlecht mag es in diesem Punkte mit der großen Zahl der Arbeiter stehen, die nicht einmal ein Einkommen von M. 2000 haben?

So wenig erschöpfend die Arbeit des Statistischen Amtes auch ist, so zeigt uns doch das in ihr enthaltene Material, wie traurig es noch um die Lebenshaltung der Arbeiter, der gelernten und noch mehr der unge- lerten, bestellt ist. Die vom Statistischen Amt fest- gestellten Zahlen, die nicht, wie das wohl Zahlen, die von unserer Seite ermittelt worden wären, gegenüber gesehen würde, als tendenziös bezeichnet werden kön- nen, werden uns bei dem Bestreben, die Lebenshaltung der Arbeiter zu erhöhen, und damit auch das gesamte Kulturniveau, treffliche Dienste leisten können.

Blau-schwarze Solidarität.

Th. Berlin, 12. Dezember 1909.

Wie der Herr, so's Gescherr. Seit im Reichstage Zentrum und Konservative zum Schwarz-blauen Block sich vereinigt haben, herrscht auch Friede zwischen dem Zei- tungsgefände beider Parteien. Das ist auch der normale Zustand. Denn es kann nicht häufig genug betont werden, daß Zentrum und Konservative innerlich wesensgleich sind. Beide Parteien sind reaktionär; beide stemmen sich jedem gefunden Fortschritt entgegen; beide erstreben die Er- starrung der staatlichen Zustände. Nur stehen die Kon- servativen unter dem Einflusse junckerlich-großagrarischer Interessen und sind vorwiegend protestantisch, wäh- rend das Zentrum vor allem die Reaktion und Erstarrung auf geistig-religiösem Gebiete befürwortet und unter katholischer Flagge segelt. Als vor einigen Tagen das Heidelberger Zentrumsblatt, der „Pfälzer Bote“, schrieb: „Die Kirche kann der Monarchie entbehren, nicht aber die Monarchie der Kirche“, so ist das nichts weiter als der ins Katholische übersehte alte protestantische Junker- spruch: „Und der König absolut, wenn er unseren Willen tut.“

Die Seelenharmonie zwischen Zentrum und Kon- servativen entspringt gleichen Interessen. Die Blauen wie die Schwarzen wollen das Volk in geistiger Dummheit und wirtschaftlicher Abhängigkeit erhalten, um es bequemer ausbeuten und beherrschen zu können. Sie geraten nur dann miteinander in Streit, wenn sie sich über die Ver- teilung der Beute nicht einigen können. Doch das ist bei anderen Spitzbuben gleichfalls so und dauert nicht lange; die Solidarität der Interessen führt sie bald wieder zu- sammen. Und wenn die Liberalen hoffen, der blau- schwarze Block werde demnächst wieder in die Brüche gehen, so hätte es der „Programmrede“ des Gardehagener-Majors und Reichstanzlers v. Bethmann-Hollweg bei Beginn der Etatsberatung nicht erst bedurft, um diese Auffassung als irrig abzutun.

Wie weit die innere Wesensverwandtschaft zwischen Zentrum und Konservativen geht, dafür haben die letzten Tage einen allerliebsten Beleg erbracht, der die Leser des „Z i m m e r e r“ besonders interessieren wird. Wie Zentrum und Konservative im Reichstage in dasselbe Horn stoben, so auch die Presse beider Parteien. Wie der Herr, so's Gescherr. Nach Ermordung Ferrers durch die spanische Pfaffenpartei wurde im „Z i m m e r e r“ dieses verruchte Verbrechen besprochen. Der Artikel wies, was nach Lage der Sache selbstverständlich ist, nach, daß der Viehische Mord nicht ein für sich allein stehender Akt gewesen ist, sondern der Ausfluß des Systems, dem die Kirche schon jederzeit gehuldigt hat und der in der Vernichtung der Per- s o n e n i h r e r G e g n e r g i p p e l t. Es entsprach weiter der Lage der Dinge, daß der Artikel die Kirche, namentlich die katholische, als grundsätzliche Feindin der Gewissensfreiheit und des Kulturfortschrittes an den Pranger stellte. Das geschah natürlich mit der Schärfe, die der Empörung über den Mordbubenstreich entsprach. Es war vorauszusehen, daß auch dieser Artikel des „Zimmerer“ ein Echo in der Zentrumspresse wecken würde.

Wenige Wochen fehlen nur noch an zehn vollen Jahren, daß die Redaktion des „Zimmerer“ meine Beiträge auf- nimmt. Manchem habe ich zur Freude geschrieben, man- chem zum Verdruf. Die bürgerliche Presse, bald die der

einen, halb die der anderen Partei, hat oft genug Anlaß genommen, gegen die Artikel zu polemisieren, nicht selten in recht hanebüchener Weise. Wie ist der „Zimmerer“ darauf eingegangen; denn seine Artikel waren für die Arbeiter geschrieben, nicht für die Arbeiterfeinde. Je mehr sich diese aufregten, desto reiner war unser Behagen, und dem Geschlagenen darf das Recht, zu schreien, nicht verkümmert werden. Der Ferrer-Artikel des „Zimmerer“ hat aber das unerwartet schöne Ergebnis gehabt, die Seelenharmonie zwischen den katholischen und protestantischen Konfessionen, dem Zentrum und der Junkerpartei aufs neue prächtig zu beweisen. In der „Oberelsässischen Landeszeitung“, dem in Mülhausen erscheinenden Zentrumsblatt, ist nämlich derselbe Abschnitt des Ferrer-Artikels zum Gegenstand eines wütenden Ausfalles gemacht worden, wie in der gut evangelischen „Greifswalder Zeitung“, dem amtlichen Kreisblatt für das gute pommerische Universitätsstädtchen. Es mögen wohl noch viele andere Blätter ähnliche Ergüsse enthalten haben — es handelt sich um die Zeit von Ende November bis Ausgang der ersten Dezemberwoche —, allein nur die beiden genannten Zeitungen sind von Mitgliedern des Zimmererverbandes ihrer Redaktion eingekandt worden. Beide drucken den Abschnitt ab, der mit den Worten beginnt: „Der Atem stockt,“ und mit dem Satz endet: „Die Völker haben bisher noch nicht die Kraft und die Selbständigkeit dazu gefunden.“

Nur der eine Unterschied besteht, daß das Zentrumsblatt wenigstens den Abschnitt vollständig wiedergibt, während die „Greifswalder Zeitung“ alles kurzerhand unterschlägt, was bei ihren protestantischen Lesern hätte Sympathien erwecken können, so den Hinweis auf die Verbrennung des Johann Fuß und des Giordano Bruno durch katholische Rehergerichte. Auch eine kleine direkte Fälschung paßt dem pommerischen Landratsblatt in den Streifen. Ich hatte an das Wort Voltaires: „écrasez l'infâme“, „zerschmettert die Ruchlose“ (nämlich die Kirche), erinnert. Die biedere „Greifsw. Ztg.“ läßt nun einfach das kurze französische Zitat weg und druckt „zerschmettert die Ruchlosen“. Aus dem von Voltaire geforderten Geisteskampf gegen die Kirche macht das würdige Organ für evangelische Wahrheit und Ehrlichkeit durch Hinzufügung eines kleinen „n“ einen Knüttelkampf gegen die Pfaffen. Je nun, am Ende wäre eine Zerschmetterung der Pfaffen auf diese Weise nicht unberechtigt; aber gefordert hat Voltaire das Totschlagen der Pfaffen nicht, und soweit wird wohl die Sprachkenntnis in der Kreisblattredaktion einer Universitätsstadt noch reichen, daß sie unterscheiden kann zwischen les infâmes (die Ruchlosen) und l'infâme (die oder der oder das Ruchlose). Doch auf eine kleine Fälschung mehr und weniger kommt es unseren Gegnern nicht an; wir sind von dieser Seite noch ganz andere Sachen gewöhnt.

Mit dem Herausgreifen des einen Abschnittes verfolgen beide Blätter denselben Zweck; sie wollen damit die Religionsfeindlichkeit der Gewerkschaften beweisen. Die holde Geistlichkeit verwehrt sich bekanntlich stets die beiden Begriffe Religion und Kirche. Wer kirchen- und pfaffenfeindlich ist, den stellt sie als religions- und moralfeindlich hin. Das elsässische Zentrumsblatt versteht sich auch diesmal auf diesen kleinen Schwindel ebensogut, wie das pommerische Landratsorgan. Sei es drum. Im Mülhauser Blatt ist die Polemik unterzeichnet mit F. H., was nach Mitteilung eines dortigen Verbandsmitgliedes auf einen Herrn Heinrich, den Lokalbeamten der Mülhauser christlichen Bauhandwerker, als Verfasser schließen läßt. Mag sein, daß der F. H. die polemische Brühle dazu gegossen hat; das Material zu seiner Notiz ist ihm von irgend einem der Zeitungsbureaus zugegangen, die die Provinzblätter mit „geistiger Nahrung“ versorgen und ihnen vorkauen, was sie nachkauen sollen. Und zwar muß es dasselbe Bureau gewesen sein, von dem auch die „Greifswalder Zeitung“ mit Kost versehen wird. Zentrumsblätter und protestantische Blätter werden aus derselben Küche gespeist, ein neuer, entzündender Beweis für die schwarz-blaue oder blau-schwarze Solidarität! Wahrscheinlich ist es die Küche, welcher der Reichsverbandsgeneral Liebert als Koch vorsteht.

Nach der „Oberelsässischen Zeitung“ ist der Ferrer-Artikel des „Zimmerer“ ein Beweis, „daß die Neutralität in den freien Gewerkschaften eine ausgesprochene Unwahrheit ist“ und für „den rohen Ton, der von diesen freiheitlichen neutralen Organisationen geliebt wird“, Grenzenlos sei der Haß „gegen das christliche Element“, und es müsse „jedem anständigen Menschen zuwider sein, was man in dem „neutralen“ „Zimmerer“ lesen konnte“. Nachdem dann der Abschnitt abgedruckt worden ist, heißt es: „Diese Infamie leistet sich ein Blatt, in dessen eigenen Reihen sich soviel Schmutz, Unfreiheit und brutaler Terrorismus anhäuft“ . . . „Den Arbeitern aber werden durch solche „Saaten“ der sozialdemokratischen Verbände immer mehr die Augen geöffnet. Wie lange wird es aber noch dauern, daß selbst christliche Arbeiter durch ihre Zugehörigkeit zu den „freien“ Organisationen, durch ihre Beiträge ein derartiges Treiben unterstützen?“ . . . „Gin-

weg mit der heuchlerischen Maske! Christliche Arbeiter, erkennt eure Pflicht! Hinein in die wirklich neutralen christlichen Organisationen. F. H.“ — Sehe einer diesen unborstigen Menschen an! Soeben erst hat sein Papst in Rom für die strenge Berliner Richtung sich entschieden, also für die rein katholischen Gewerkschaften und gegen die christlichen Verbände, die auch Protestanten aufnehmen. Und nun empfiehlt das F. H. trotzdem die christlichen Organisationen. 500 Jahre längeres Fegefeuer ist das mindeste, was er durch diesen Seitensprung auf sich genommen hat. Wohl bekomme es ihm.

Die „Greifsw. Ztg.“ schreibt, in dem „vor kurzem entfalteten Ferrer-Nummer“ — dasselbe Wort gebraucht übrigens auch die „Oberel. Ztg.“ —, habe der „Zimmerer“ „den Rekord bei dieser religionsfeindlichen Hezerei erreicht“. Als Schlußbemerkung fügt das Blatt hinzu: „Das reine Gewerkschaftsblatt, in dem angeblich nur wirtschaftliche Fragen des Zimmergewerbes vertreten werden sollen, hat mit obigen Ausfällen wohl das wildeste Anarchistenblatt an Gehässigkeit und Gefühllosigkeit übertroffen.“ Mich überläuft es eiskalt, solche Vorwürfe einzufließen zu müssen. Schließlich ist der Artikel noch roher gewesen als die Ermordung Ferrers. Mich schaudert's nochmals.

Schwamm darüber. Der blau-schwarzen Solidarität, der Reaktion steht die immer fester und stärker werdende Solidarität des Proletariats gegenüber. Zwischen beiden Heeren wird der letzte Kampf geführt werden. Die blau-schwarzen Ratten und Ritter der Finsternis mögen zusehen, daß in der Entscheidungsschlacht nicht das Wort Voltaires: „Zerschmettert die Ruchlose“, sich umwandelt in die Fälschung der „Greifsw. Ztg.“: „Zerschmettert die Ruchlosen.“

Die Kohlenpreise im Winter.

A. C. Die andauernde Steigerung der Preise von fast allen Nahrungsmitteln scheinen die Kohlenpreise in diesem Winter glücklicherweise nicht mitzumachen. Wenigstens darf man nach den Verratsbeschlüssen des rheinisch-westfälischen Kohlenyndikats, das die Richtpreise für das Jahr 1910/11 auf dem bisherigen Stande beließ, annehmen, daß auch im Kleinhandel, namentlich in den umstrittenen Gebieten, zunächst keine Preiserhöhungen für Kohle eintreten werden. In einem Teil der umstrittenen Gebiete sind die Preise überhaupt infolge des Wettbewerbs niedriger als in anderen Gebieten. Aber gerade diese verschiedenartige Preisgestaltung in den einzelnen Absatzgebieten bedingt ganz erhebliche Preisunterschiede und auch eine Ungleichartigkeit in der Preisentwicklung. So kommt es, daß in einigen Gegenden die Kohlenpreise niedriger als im Vorjahre, in anderen ebenso hoch wie 1908, in einzelnen aber auch etwas höher als vergangenes Jahr stehen. In Berlin, wo westfälische, britische und schlesische Steinkohlen um den Markt streiten und außerdem noch beträchtliche Vorräte auf dem Markt laiten, steht der Steinkohlenpreis niedriger als im Vorjahre, Braunkohle aber, die hauptsächlich aus Böhmen kommt, ist etwas teurer als 1908. Braunkohlenbriketts wieder, von Preußen und Sachsen geliefert, sind billiger als 1908. Königsberg, wo schlesische und schottische Steinkohlen geliefert werden, hat für erstere denselben Preis zu zahlen wie voriges Jahr, nämlich M 1,45 pro Zentner; bei letzterer ist eine Ermäßigung von M 1,20 auf M 1,15 eingetreten. Braunkohlen und Briketts haben dieselbe Preishöhe wie vergangenes Jahr. In Danzig hat sich in den Kohlenpreisen so gut wie nichts geändert; nur Steinkohlenbriketts frei Haus kosten 5 s mehr als 1908, was aber wohl auf den Bringerlohn entfällt, da sie abgeholt das gleiche kosten wie voriges Jahr. Stettin, das hauptsächlich von Schlefien versorgt wird, hat niedrigere Steinkohlen- und Braunkohlenbrikettspreise als 1908; die Braunkohlenpreise sind unverändert. In Posen sind dagegen die Steinkohlenpreise gleich geblieben und die Preise für Braunkohlenbriketts etwas gestiegen. Breslau hat diesen Winter so ziemlich dieselben Kohlenpreise wie vergangenes Jahr; große Braunkohlenbriketts sind etwas billiger, große Steinkohlenbriketts etwas teurer als 1908. In Halle sind nur die Braunkohlenbriketts im Preise gesunken, und zwar einheimische von 73 auf 65 s pro Zentner. In Magdeburg hat sich das Preisniveau durchweg gesenkt; Steinkohle, die aus Rheinland-Westfalen kommt, kostet sogar nur M 1,50 pro Zentner gegen M 1,70 im vorigen Jahre. In Altona ist einmal der Preis für Steinkohle absolut niedriger als in anderen Gegenden, sodann ist auch ein beträchtlicher Rückgang zu verzeichnen. In beiden Erscheinungen ist der Umstand schuld, daß Altona ein von Großbritannien und Rheinland-Westfalen hart umstrittenes Absatzgebiet ist. Allerdings hat britische Kohle am Altonaer Markt weitaus den Vorrang. Der Preis für Steinkohle stellt sich auf M 1,025 pro Zentner gegen M 1,25 im Vorjahre. Hannover weist merkwürdigerweise eine ganze Reihe von Preissteigerungen auf: Deisterkohle, Braunkohle, einheimischer Koks und Braunkohlenbriketts müssen höher bezahlt werden als im letzten Jahre. Dagegen sind westfälischer Koks und Steinkohlenbriketts im Preise gesunken. Von Westdeutschland seien noch Elberfeld, Barmen und Köln genannt. In Elberfeld überwiegt die rückläufige Tendenz; der Preis für Steinkohlenbriketts ist sogar von M 1,20 auf M 1,05 pro Zentner gesunken. Barmen weist die gleiche Entwicklung auf, während in Köln die Kohlenpreise durchweg in die Höhe gegangen sind.



Verbandsnachrichten.

Bekanntmachungen des Zentralvorstandes.

Zu dem in Nr. 50 des „Zimmerer“ bekanntgegebenen Verzeichnis der Wahlteilungen zur Wahl von Delegierten zu der außerordentlichen Generalversammlung ist folgendes nachzutragen:

Zur 45. Wahlabteilung gehört auch die Zahlstelle Mügeln bei Dschah.

Zur 72. Wahlabteilung gehört auch die Zahlstelle Grabow.

Zur 82. Wahlabteilung gehört die Zahlstelle Semd (nicht Sand).

Zur 96. Wahlabteilung gehören die Zahlstellen Cabatz, Kreuzburg, Eisenach, Salungen und Sand.

Zur 97. Wahlabteilung gehören die Zahlstellen Cassel und Göttingen.

Zur 98. Wahlabteilung gehören die Zahlstellen Hzbach, Orlen, Wehlar, Gießen, Marburg, Hersfeld, Hann. Münden, Einbeck, Wizenhausen, Frieda, Reichensachsen und Köhrda.

Praktische Winke für die deutsche Zimmererbewegung.

Die dritte Auflage des Buches „Praktische Winke für die deutsche Zimmererbewegung“ ist erschienen und wird im Laufe der nächsten Tage den Zahlstellen zugestellt werden. In agitatorisch tätige Verbandsmitglieder wird das Buch unentgeltlich abgegeben, wenn es durch den Zahlstellenvorstand bestellt wird. Das Buch ist ein unentbehrlicher Ratgeber für die Verbandsfunktionäre, es muß daher gelesen werden.

Ausschluss von Mitgliedern.

Ausgeschlossen wegen Vergehens gegen § 21 Abs. 2 des Statuts wurden in Cöpenick R. Walke (089 659) und G. Barantwiz (62 177); in Bergedorf G. Bartelmann (051420).

Verlorenes Mitgliedsbuch.

Das Mitgliedsbuch Nr. 36484, auf den Namen W. Krüßfeldt lautend, ist vor zirka drei Wochen dem rechtmäßigen Inhaber abhanden gekommen. Die Beiträge sind zuletzt in Gutin entrichtet. Das Buch ist an den Unterzeichneten einzufinden. Der Zentralvorstand.

Unsre Lohnbewegungen.

Gestreikt wird in Lübecke i. Westf. und in Salzfusen.

Gesperret ist in Gollnow das Geschäft von Rusch und in Efringen b. Freiburg i. Br. das Geschäft von Langguth.

Oesterreich.

Gesperret ist Königsberg.

Ungarn.

Im Lohnkampfe stehen: Eßtergom, Mindszent und Orosháza.

Schweiz.

Zuzug ist streng fernzuhalten von Norschach und vom Platz Söllig in Arbon.

Nachklänge von der Aussperrung in Ludwigshafen. Der Zimmerer Artur Müller war vom Schöffengericht wegen eines Vergehens gegen § 153 der Gewerbeordnung zu drei Tagen Gefängnis verurteilt worden. Er soll anlässlich des Ausstandes die Arbeitswilligen versch and Schäfer durch die Bezeichnung Streifbrecher beleidigt haben. Gegen dieses Urteil legte Müller Berufung an die Frankenthaler Strafkammer ein. Diese hob das erichterliche Urteil auf und erkannte auf Einstellung des Verfahrens. Es erachtete die Beleidigungen als erwiesen. An dem Tage, an welchem diese aber geschehen, war der Streik schon aufgehoben, so daß § 153 der Gewerbeordnung nicht mehr in Betracht kommen kann. Es liegt eine einfache Beleidigung vor. Der zur Verfolgung nötige Strafantrag war nicht gestellt.

Berichte aus den Zahlstellen.

Altenburg. In einer außerordentlichen Mitgliederversammlung am 9. Dezember im „Tribol“ sprach Kamerad Laue-Leipzig über das Tarifmuster der Unternehmer. Er ging die einzelnen Bestimmungen des Musters durch und zeigte an der Hand zahlreicher Beispiele aus der Praxis, wie dieses Muster nur den einen Zweck verfolge, eine Gehung der Lebenshaltung der baugewerblichen Arbeiter völlig unmöglich zu machen. Der ganze Entwurf atme einen arbeiterfeindlichen Geist, er lege alles in die Hände der Unternehmer, die, falls ein solches Muster Tarif werde, nach freiem Ermessen schalten und walten, die Löhne wie auch die Arbeitszeit ganz willkürlich festsetzen könnten, und die obendrein noch die Gewerkschaften für etwaige Verstöße aus dem Vertrage haftbar machen. Die Bestimmungen bezüglich der Akkordarbeit, des Arbeitsnachweises und anderes mehr drücken diesem Muster seinen Charakter auf; es sei ein fein ausgeklügeltes Machwerk, das ganz ent-

schieden bekämpft werden müsse. Bei den Verhandlungen im November hätten die Unternehmer wenig Geneigtheit zum Frieden gezeigt, so daß man mit Bestimmtheit auf einen Kampf im nächsten Jahre rechnen müsse. Auch der Tarif hier in Altenburg sehe seinem Ablauf entgegen; wir würden mithin bei der großen Aktion beteiligt sein und müßten uns schon heute darauf vorbereiten. Ob die örtlichen Verhandlungen, die mit dem 15. Dezember beginnen, ein Ergebnis zeitigen würden, könne man zunächst ruhig abwarten. Auf jeden Fall aber müßten alle Kameraden auf dem Posten sein und die Vorgänge in der nächsten Zeit scharf beobachten, damit rechtzeitig entsprechende Maßnahmen ergriffen werden könnten. Die Diskussion bewegte sich im Sinne des Referates. Hierauf erstattete der Delegierte Bericht vom Gewerkschaftsstatut. Er gab bekannt, daß für die Schweden M 2900 eingegangen seien. Das Gewerkschaftsheim sei in Betrieb genommen worden; es werde angenommen, daß die Zahlstelle der Zimmerer vom 1. Januar 1910 ab die Versammlungen dort abhält. Für zureichende Gewerkschaftsmittel ist der Preis für Schläfen, Kaffee und Baden auf 50 s festgesetzt. Der Vorsitzende gab noch bekannt, daß am 19. Dezember im „Tivoli“ die Generalversammlung stattfindet; weiter sprach er den Wunsch aus, daß jede Versammlung so gut besucht sein möge wie die heutige.

Berlin und Umgegend. Die Zahlstellenversammlung am 3. Dezember, abgehalten im Berliner Gewerkschaftshaus, erledigte nach einem interessanten Referat des Kameraden Knüpfer eine Reihe interner Angelegenheiten. Von der vorgeschlagenen Neuwahl der Schlichtungskommission, die im November des Vorjahres auf Grund des § 8 des bestehenden Tarifvertrages gewählt ist, wurde Abstand genommen. Der Kommission gehören als ständige Mitglieder die Kameraden Hinrichsen, Kube, Wilhelm Schmidt, Richard Schröder und Witt an. Als Stellvertreter fungieren die Kameraden Richard Engelhardt, Golze, Klein und Wilhelm Schulze. Die Erhebung eines Lokalbeitrages während der beitragsfreien Zeit von 25 s pro Woche wurde mit großer Majorität beschlossen. Von diesem Beitrag sind arbeitslose und kranke Mitglieder befreit; erstere jedoch nur dann, wenn sie ihr Mitgliedsbuch während der Arbeitszeit im Verbandsbüro oder in einer der Kontrollstellen abtampeln lassen. In der Verhandlung über diesen Antrag wurde betont, daß diese Maßregel durch die enorme Belastung der Lokalfaxe bedingt sei, wenn man nicht will, daß den Arbeitslosen die aus lokalen Mitteln gewährten Vergünstigungen beschritten werden. Fast allseitig wurde anerkannt, daß man verpflichtet sei, weil Staat und Kommune versagen, den Opfern der kapitalistischen Wirtschaftsordnung, den Arbeitslosen, weitgehendste Solidarität zu erweisen. Die von voriger Versammlung zurückgestellten Anträge der Bezirke 4 und 24 wurden zurückgezogen, während ein Antrag des Bezirks 17 erst später, eventuell bei der Regulativberatung, zur Erörterung kommen soll. Nachdem dann noch ein Antrag des Bezirks 12 nach den Wünschen der Antragsteller seine Erledigung gefunden hatte, wurde die Versammlung mit dem Erfolge geschlossen, in der unerwünschten Werbearbeit für die Erstarfung der Organisation nicht zu erlahmen.

Bromberg. Die am 25. November stattgefundene Mitgliederversammlung beschäftigte sich zunächst mit unserer Lohnfrage. Erschienen waren 62 Kameraden. Kamerad Beckmüller besprach das Tarifmuster unseres Verbandes, das im „Zimmerer“ Nr. 47 abgedruckt worden ist. Es fand allgemeine Zustimmung und wurden die drücklichen Bedingungen in das Muster aufgenommen. Zur Lohnfrage waren am 9. und 10. November in den Vorstandssitzungen folgende Beschlüsse gefaßt worden, über die die heutige Versammlung zu entscheiden hatte. Die zehnstündige Arbeitszeit wird beibehalten. Der Stundenlohn wird auf 55 s festgesetzt. Für Ueberstunden wird ein Zuschlag von 10 s, für Nachtarbeit, als welche die Stunden von 7 Uhr abends bis 6 Uhr morgens gelten, ein solcher von 20 s und für Arbeiten an Sonn- und gesetzlichen Feiertagen werden 25 s Zuschlag gefordert. Nachdem noch über einige Paragraphen diskutiert war, wurde der Vorstand beauftragt, den Tarif nach dem Wortlaut unseres Musters auszuarbeiten. Die nächste Versammlung wurde auf Dienstag, den 30. November, festgesetzt, worauf der Vorsitzende die Anwesenden anseuerte, für guten Besuch einzutreten. In dieser Versammlung solle der ausgearbeitete Tarif geprüft werden. Im zweiten Punkt der Tagesordnung wurden Mängel laut bezüglich des Bauarbeiterzuschusses. Zurückzuführen sei das in der Hauptsache auf die Laueheit der dort beschäftigten Arbeiter. Es müsse daher dafür gesorgt werden, daß die Kommission von den Mißständen unterrichtet und daß sie seitens der Gewerkschaftsmittelglieder unterstützt wird. Des weiteren wurden die Kameraden aufgefordert, die Beiträge bis zum 4. Dezember voll zu entrichten. Als Auszahler der Arbeitslosenunterstützung wurde Kamerad Beckmüller gewählt. Als Entschädigung wurden ihm so lange er Arbeitslosenunterstützung bezieht, M 5, später, wenn dieselbe abgelassen ist, M 10 zugestanden. Die Zeit des Abstempeln ist von 10 bis 11 Uhr vormittags. Die Auszahlung findet von 9 bis 11 Uhr vormittags am Sonnabend statt. Genosse Leipzig forderte die Anwesenden auf, sich mehr als bisher an den politischen Versammlungen zu beteiligen. Auch dem Wahlverein stehen die meisten der Zimmerer fern, es müßte doch jeder einsehen, daß er auch der politischen Organisation sich anzuschließen habe. Mit der Aufforderung, sich der Zentralkrankenkasse anzuschließen, erfolgte Schluß der Versammlung.

Am 30. November tagte bei Jablonska eine von 78 Kameraden besuchte Mitgliederversammlung. Einberufen war dieselbe zwecks Prüfung des in der letzten Versammlung beschlossenen Tarifvertrages. Nachdem der erste Vorsitzende denselben der Versammlung unterbreitet hatte, meinten einige Kameraden, daß noch etwas vergegen sei, sie verlangten, man solle tariflich festlegen, daß das Zusammenarbeiten mit Arbeitern auf Plätzen oder Bauten, wo Arbeiter Zimmerarbeit verrichten, nicht beanstandet werden darf. Dieses Verlangen wurde aber zurückgewiesen, weil es sich vor der Hand nicht machen läßt. Nach einer längeren Debatte wurde der Tarif einstimmig angenommen und beschlossen, ihn an den Zentralvorstand zur Einsicht einzureichen. Des weiteren ernannte Ge-

nosse Stoessel an die am 7. Dezember stattfindende Gewerbebegehrtswahl. Weil der in voriger Versammlung gewählte Auszahler der Arbeitslosenunterstützung in Arbeit getreten ist, mußte ein Ersatzmann gewählt werden. Die Wahl fiel auf den Kameraden J. Spielmann. Mit einem Wahnspruch an die Anwesenden, fest zusammenzustehen und die gefaßten Beschlüsse hochzuhalten, damit wir siegesbewußt der Zukunft entgegengehen könnten, schloß der Vorsitzende die Versammlung.

Crimmitschau. Am 30. November fand hier eine Mitgliederversammlung statt, die von 35 Kameraden besucht war. Ueber den ersten Punkt der Tagesordnung: „Die bevorstehende Tarifbewegung“, referierte Kamerad Laue-Weipzig. Redner erläuterte sämtliche Paragraphen des der Zentralleitung vorgelegten Tarifmusters, über das am 11. und 12. November in Berlin ergebnislos verhandelt worden ist. Aus dem Muster sei zu ersehen, daß es der Arbeitgeberbund wohl verstanden habe, einen Tarif zusammenzubauen, der von Ungerechtigkeiten und Verschlechterungen trotz. Redner beurteilte scharf den progreßhaften Standpunkt der Unternehmer. Er ermahnte alle anwesenden Kameraden, tüchtig zu agitieren, damit der letzte Unorganisierte dem Verband zugeführt werde und wir bei einem eventuellen Kampf an Mitgliedern wie auch an Finanzen gerüstet seien. Dem Referenten wurde für seine vortrefflichen und verständlichen Ausführungen reichlicher Beifall gezollt. Sämtliche Diskussionsredner sprachen sich im Sinne des Referenten aus und bezeichnen das Muster als unannehmbar. In der Umfrage wurde lebhaft Beschwerde geführt, daß auf mehreren Bauten und Plätzen bei Licht noch zehn Stunden gearbeitet werde. Man sehe daraus, daß die Unternehmer bemüht seien, die dringenden Bauten vorzeitig unter Dach zu bringen. Weiter wurden die Kameraden darauf aufmerksam gemacht, daß wir laut Tarifvertrag vom 1. Januar 1910 2 s Lohnzuschlag zu erhalten haben. Es solle jeder Kamerad, der den Zuschlag nicht erhalte, selbst bei dem Meister vorstellig werden und strikte seinen vertragsmäßigen Lohn fordern. Weitere Beschlüsse darüber wurden vorläufig ausgesetzt. Verschiedene Mißstände, welche sich auf einigen Plätzen eingebürgert haben, sollen aus der Welt geschafft werden.

Dresden. Am 28. November tagte im kleinen Saale des „Volkshauses“ die letzte diesjährige Zahlstellenversammlung der Zahlstelle Dresden und Umgegend mit folgender Tagesordnung: 1. Unsere nächstjährige Tarif- und Lohnbewegung. 2. Einfügung eines Wahlreglements in die Lokalbestimmungen. 3. Neufestsetzung der Lokalbestimmungen. 4. Sonstige Verbandsangelegenheiten. Bevor in die Tagesordnung eingetreten war, eröfnete die Versammlung in üblicher Weise das Andenken der verstorbenen Kameraden Emil Demnich, aus Götzdorf, Max Böhme aus Wachau, Ewald Probst aus Hertzogsdorf, Max Hoffmann aus Klipphausen, August Hammann aus Eisenberg und Hermann Hauptmann aus Königstein. Zum Protokoll der Zahlstellenversammlung vom 2. Mai d. J. teilte Kamerad Demnich mit, daß der Kamerad Sering, Bezirk 30, die Einladungskarte zur Versammlung am 2. Mai zu spät und die Kameraden Weiser und Bruchholz gar keine Einladungskarten erhalten hätten. Die Präsenzliste ergab, daß der gesamte Vorstand und 63 Delegierte aus 40 Bezirken anwesend waren. Entschuldigt fehlten die Kameraden: Hermann Reichelt, Bezirk 29; Max Lange, Bezirk 41 und Paul Winkler, Bezirk 43. Unentschuldig fehlten die Kameraden Hermann Helfer, Bezirk 13 und Emil Lindner, Bezirk 44. Hierauf behandelte Kamerad Kösch das unter Punkt 1 angegebene Thema in ausführlicher Weise. Redner referierte nochmals kurz, was in der letzten Zeit im „Zimmerer“ über das Tarifwesen geschrieben ist. Er schickte voraus, daß alle Delegierten von den Artikeln Kenntnis und sie aufmerksam gelesen hätten. Mit den zentralen Verhandlungen am 11. und 12. November d. J. über ein Tarifmuster habe die Lohnbewegung für 1910 ihren Anfang genommen. Ein Ergebnis hätten die Verhandlungen nicht gezeitigt. Die Arbeitervertreter konnten und durften einem „Muster“, wie es die Unternehmer in Vorschlag brachten, nicht zustimmen. Das ganze Vorhaben der Unternehmer lasse klar erkennen, daß sie die Wackprobe, zu der es 1908 nicht gekommen sei, nunmehr riskieren wollen. Ihr provokatorisches Auftreten in den Verhandlungen lasse einen andern Schluß gar nicht zu. Die Unternehmer pochen auf ihre Macht. Sie wissen, daß ihre Bestrebungen in den Kreisen der Arbeiterfeinde und auch in Regierungskreisen weitestgehende Unterstützung finden. Redner wies hierbei auf die in früheren Jahren von der Regierung getroffenen Maßnahmen hin, die den Zweck verfolgten, die Gewerkschaftsbewegung in ihrer Entwicklung zu hemmen. In diesem Zusammenhang erwähnte Redner auch den 1906 vorgelegten Entwurf, betr. die Rechtsfähigkeit der Berufsvereine, der in seinen hauptsächlichsten Punkten eine gewerkschaftsfeindliche Tendenz gezeigt habe. Von der gleichen Tendenz sei der jetzige Entwurf der Unternehmer getragen, durch dessen Annahme den Arbeitern die Wahrung ihrer Interessen einfach unmöglich gemacht werde. Nicht allein im Baugewerbe seien die Unternehmer an Werke, durch einseitige, langfristige Tarifverträge die Organisationen der Arbeiter zu knebeln, nein, auch in der Holzindustrie, im Maler- und Schneidergewerbe. Die Unternehmer seien aus Gegnern zu Freunden von Tarifverträgen geworden, weil sie glauben, dadurch die Arbeiter an dem weiteren Aufstieg hindern zu können. Wir ständen vor einer sehr ersten und wichtigen Situation, in der es Aufgabe aller organisierten Arbeiter sei, ihre Kraft aufzubieten, um das Vorhaben der Unternehmer zu vereiteln. Redner ging noch auf die zentralen Verhandlungen näher ein. Die Maurer, Bauhilfsarbeiter und die Christen hätten gemeinschaftliche Anträge zu dem bisherigen Muster gestellt. Der Zimmererverband, der grundsätzlich auf dem Boden lokaler Verhandlungen stehe, habe ein besonderes Muster vorgelegt. Der Referent unterzog dann noch kurz die einzelnen Bestimmungen des Unternehmervertragsmusters einer scharfen Kritik, so besonders die Bestimmungen, bezüglich der Affordarbeit und des Arbeitsnachweises. Am Schluß empfahl Redner, in allen Bezirken auf die arbeitserfeindlichen Pläne der Unternehmer hinzuweisen, damit die Mitglieder informiert würden. Der Vortrag wurde mit Beifall aufgenommen. Eine Debatte fand nicht statt. Zum zweiten Punkt der

Tagesordnung standen Entwürfe des Vorstandes des ersten und des sechsten Bezirks zur Beratung. Ferner waren aus dem 4. und 21. Bezirk Anträge zu dem Entwurf des Vorstandes eingegangen. Der 4. Bezirk verlangte, daß der Wahlkommission keine Vorstandsmitglieder angehören dürfen, und der 21. Bezirk, daß auf den Stimmgzetteln acht Kameraden vorgegedruckt werden, die die meisten Vorschläge auf sich vereinigen. Die Wahlreglementsentwürfe haben in allen Bezirksversammlungen zur Beratung gestanden und wurde deswegen eine nochmalige Begründung nicht vorgenommen. Der Entwurf des Vorstandes wurde gegen eine Stimme angenommen. Abgelehnt wurden die Anträge des 4. und des 21. Bezirks. Hierauf beantragte Kamerad Präb, daß die in dem Entwurf des Vorstandes vorgesehene Wahlkommission nunmehr gewählt werde. Der Antrag wurde angenommen und die Kameraden Fischer (Bezirk 8), Göhe (Bezirk 25), Roth (Bezirk 6), Hornoff und Steinbach (Bezirk 2), Schneeweiß (Bezirk 4) und Hölzel (Bezirk 18) in die Wahlkommission gewählt. Zum dritten Punkt der Tagesordnung stand nächst einem Antrag des 10. Bezirks ein neuer, abgeänderter Entwurf des 6. Bezirks zur Beratung. Der 10. Bezirk verlangt, daß der Bezirk getrennt werde, um dadurch den Mitgliedern besser Gelegenheit zu geben, an den Versammlungen teilnehmen zu können. Der Antrag wurde abgelehnt, da aus den Ausführungen des Kameraden Gräfe, der den Antrag begründete, nicht zu ersehen war, daß durch eine Trennung die Mitarbeit der Mitglieder an der Organisation sich bessern werde; der Bezirk ist bis jetzt gut verwaltet worden. Hierauf begründete Kamerad Lichtenberger in einstündiger Rede den Entwurf des Bezirks 6. Aus der Begründung ging hervor, daß der Bezirk den Mitgliedern ein leicht verständliches Statut unterbreiten wolle. Bevor der Bezirk dazu gekommen sei, habe man sich aus anderen Zahlstellen Statuten schämen lassen. Auch aus dem Partei- und dem Ortskrankentassenstatut ist entnommen worden, was zu verwerten war. Ganz neu ist in dem Entwurf, daß über den Zahlstellenvorstand eine Kontrollkommission aus fünf Mitgliedern gefaßt werde. Die Kommission soll neben den Revisoren Belege und Rechnungen prüfen, ferner Beschwerden von Mitgliedern wider den Vorstand regeln. Besonders wurde betont, daß die Kommission die Belege und Rechnungen nach ihrem Ursprung und ob sie nach dem Statut zu Recht bestehen, zu prüfen habe. Kamerad Lichtenberger mußte aber bei der Begründung der einzelnen Paragraphen zugeben, daß in dem Entwurf einige Paragraphen von den Mitgliedern als zu scharf und unklar aufgefaßt würden und daher geändert werden müßten. Trotz alledem legt aber der Entwurf fest und grenzt scharf ab, wo die Rechte der einzelnen Körperschaften in der Zahlstelle beginnen und wo sie aufhören. Kamerad Fischer, der den Entwurf des 6. Bezirks kritisch behandelte, wies nach, daß auch damit nicht das erreicht wird, was der Bezirk erwartet. Die Kontrollkommission, auf die besonders Wert gelegt wird, ist nach dem Verbandsstatut unzulässig, aber auch die Befürworter der Kommission werden später, wenn ein Vertreter des Bezirks in den Vorstand gewählt wird, sich gegen die Kontrollkommission wenden müssen. Zur Beratung über taktische Fragen oder bei Lohnbewegungen kann die Kontrollkommission nicht hinzugezogen werden, und wenn sie Beschwerden wider den Vorstand regeln soll, dann wird in den meisten Fällen nicht das Gewünschte erreicht werden. Dann ist auch der Paragraph zu scharf, der die Revisoren für immer von Ehrenämtern entbinden will, wenn sie bei Abrechnungen wesentlich haben Unregelmäßigkeiten durchgehen lassen. Wenn ein Mitglied, das Revisor gewesen und abgesetzt sei, die Zahlstelle verläßt, so sind auch die Bestimmungen hinsichtlich; eine Ausbehnung auf alle Zahlstellen in Deutschland könne doch nicht stattfinden. Kamerad Fischer erklärte zum Schluß, daß der Entwurf, wie er heute vorliege, unannehmbar sei. Er empfehle daher, ihn abzulehnen. Die Redezeit zu dem Entwurf wurde auf Antrag des Kameraden Roth auf 10 Minuten festgesetzt. Kamerad Göhe hält die Einführung der Kontrollkommission für notwendig, lehnte aber im übrigen den Entwurf ab. Kamerad Schade erklärte, wenn der Entwurf abgelehnt werden sollte, so sei damit die endgültige Ablehnung des Entwurfs noch nicht angenommen. Die Einführung der Kontrollkommission widerspreche nicht dem Verbandsstatut, wie Kamerad Fischer erklärte. Kamerad Kösch ist der Ansicht, daß im Agitationskomitee, das den Entwurf ausgearbeitet hat, andere Motive zugrunde gelegen hätten. Der Zweck der Sache sei der, den Verband in der Zahlstelle auf eine andere Grundlage zu bringen. Wenn an den Lokalbestimmungen ein anderer Aufbau notwendig sei, dann hätte der 6. Bezirk eine Redaktionskommission verlangen und eine Verbesserung dort vorbringen sollen. Auch er empfehle, den Entwurf abzulehnen. Abgelehnt wurde ein Antrag, eine Redaktionskommission zu wählen und dieser den Entwurf des 6. Bezirks zu überweisen und der nächsten Zahlstellenversammlung ein neues Statut vorzulegen. Nachdem noch die Kameraden Löwe und Hölzel den Entwurf zur Ablehnung empfohlen, wurde der Entwurf des 6. Bezirks gegen drei Stimmen abgelehnt. Kamerad Demnich machte noch einige Mitteilungen, die die Wahl der befohlenden Kameraden betrafen. Dann wurden Vorschläge für die befohlenden Kameraden gemacht. Kamerad Schmidt schlug im Namen des Vorstandes die vier Kameraden wieder vor, die gegenwärtig im Bureau beschäftigt sind. Auch von den Delegierten wurden die Kameraden wieder in Vorschlag gebracht, ferner die Kameraden Lichtenberger als erster Vorsitzender und Göhe als zweiter Kassierer. Da die Zahlstellenversammlung nur vier Kameraden in Vorschlag bringen kann, wurde eine Wahl vorgenommen. Es erhielten als erster Vorsitzender die Kameraden Demnich 59, Lichtenberger 8 Stimmen, als erster Kassierer Camenz 68 Stimmen, als zweiter Vorsitzender Köhler 60 Stimmen, als zweiter Kassierer Melzer 55 und Göhe 9 Stimmen. Abgegeben waren 73 Stimmgzetteln, ungültig 10 Stimmen; somit bringt die Zahlstellenversammlung die Kameraden Demnich, Camenz, Köhler und Melzer wieder in Vorschlag. Als Vorsitzender der Wahlkommission wurde Kamerad Willi Roth-Löbtau ernannt und sind alle Anfragen, die Wahl betreffend, an diesen Kameraden zu richten. Zur Erweiterung des Bureau wurden von der Zahlstellenversammlung gegen zwei Stimmen M 750 bewilligt. Weiter wurden dem Kameraden Th., der infolge seiner Tätigkeit für den Verband von den Unternehmern wieder-

holt gemäßigelt worden ist, nochmals \mathcal{M} 50 bewilligt. Abgelehnt wurde ein Antrag des 16. Bezirks, den Kameraden, die an der Sperre Ehardt in Posthappel beteiligt gewesen, die vom Vorstand verweigerte Unterstützung für zwei Tage zu gewähren. Dem Vorstand überwiesen wurde ein Antrag des 6. Bezirks, auf die Tagesordnung der nächsten Zahlstellenversammlung zu setzen: Festsetzung eines Winterbeitrages, und ferner einen Antrag des 31. Bezirks, der verlangt, daß die Zahlstelle die Kosten für eine Rechtsauskunftsstelle, die in Sebnitz gegründet werden soll, zu übernehmen habe. Abgelehnt wurde dann ein Antrag des 31. Bezirks, den Kolporturen in den Bezirken 5 & 3 für das Austragen des „Zimmerer“ zu gewähren in der beitragsfreien Zeit. Hierauf erfolgte Schluß der Versammlung.

Quisburg. Eine Mitgliederversammlung am 5. Dezember befaßte sich mit der Regelung geschäftlicher Angelegenheiten. Es wurde auf den am 4. Dezember eingetragenen Quartalsbeschuß hingewiesen und die Mitglieder ermahnt, etwaige rückständige Beiträge umgehend zu begleichen. Die Versammlungen im nächsten Jahre sollen in der gleichen Reihenfolge wie bisher in dem nämlichen Lokal stattfinden. Hierauf wurde der Bericht von der Bauarbeiter-Schutzkommission entgegengenommen, den Kamerad Gebide erstattete. Er behandelte vornehmlich das Ergebnis der Herrschaftskontrolle, die am 9., 10. und 11. November stattgefunden und zahlreiche Mißstände zutage gefördert hat. Die Kontrolle habe wiederum den Beweis erbracht, wie notwendig eine regelmäßige Revision der Bauten sei, die in wirksamer Weise nur erfolgen könne durch Kontrolleure aus Arbeiterkreisen. An fast allen Bauten seien Beanstandungen zu machen gewesen. Im Anschluß hieran wurde der Kartellbericht erstattet. Kamerad Hagelstein als Delegierter beschränkte sich in der Hauptsache auf den Kassenbericht und das Bibliothekswesen. Für die Erweiterung der Gewerkschaftsbibliothek sollen alle Gewerkschaften pro Mitglied und Jahr 10 \mathcal{M} an das Kartell abführen. Der wichtigste Punkt der Tagesordnung war die Stellungnahme zu dem Tarifmuster bezw. den zentralen Verhandlungen, die am 11. und 12. November in Berlin stattgefunden haben und resultatlos verlaufen sind. Dieser Punkt rief eine ausgebreitete Debatte hervor. Von sämtlichen Rednern wurde das Muster in allen seinen Teilen scharf beurteilt. Folgende Resolution gelangte einstimmig zur Annahme: „Die Versammlung nimmt mit Entrüstung Kenntnis von den Knebelungsversuchen der Scharfmacher im Baugewerbe. Sie lehnt das Tarifmuster der Unternehmer als ein nichtswürdiges, kulturwidriges Machtwort entschieden ab, nicht nur aus dem Grunde, weil seine Bestimmungen an die Zeit der Sklaverei erinnern, sondern auch deshalb, weil es bearbeitet ist vom Standpunkt der privatrechtlichen Haftpflicht und einen infamen Raubzug bedeutet auf unsere mit schwerer Mühe zusammengebrachten Verbandsgelder.“ Unter „Verschiedenes“ wurde eine Beschwerde des Mitgliedes Schifora als unbeantragt verworfen.

Neusburg. Am 30. November fand hier eine Extra-Mitgliederversammlung statt, die außerordentlich gut besucht war und sich eingehend mit der Kündigung unseres Lohn-tarifs beschäftigte. Mehrere Kameraden traten für die Kündigung ein. Die ungeheure Verteuerung der Lebensmittel mache eine Lohnhöhung dringend notwendig. Bei 60 \mathcal{M} Stundenlohn könne man eine Familie nicht mehr ernähren. Deshalb sei es angebracht, den Tarif zu kündigen und mit der Innung Verhandlungen über eine Lohnauf-besserung anzubahnen. Nach sehr reger Debatte wurde die Kündigung beschlossen. Sie soll sofort eingereicht werden. Es wurde noch betont, daß ein festes Zusammenhalten nötig sei; auch die lauen Kameraden, die es nicht für nötig halten, eine Versammlung mit so wichtiger Tagesordnung zu besuchen, müßten aufgerufen werden, damit, wenn es wieder zu einem Kampfe komme, wir auch Mann für Mann geschlossen stehen. Mit einem kräftigen Hoch auf die Solidarität der Kameraden wurde die Versammlung geschlossen.

Großröhrsdorf. Eine Mitgliederversammlung am 28. November sollte Stellung nehmen zur Gründung einer Zahlstelle der Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Zimmerer. Sie mußte indes diesen Punkt absehen, weil der Referent am Erscheinen verhindert war. Ferner handelte es sich um Festlegung des Ortes und der Meldezeit für die Arbeitslosen. In Rücksicht auf die Ausdehnung unserer Zahlstelle wurden drei Meldestellen eingerichtet. Die Kameraden, die die Meldestellen übernehmen haben, erhalten für jedes arbeitslose Mitglied pro Woche 5 \mathcal{M} aus der Lokalkasse. Der Winterbeitrag wurde auf 10 \mathcal{M} pro Woche belassen. Unter „Allgemeines“ wurde beschlossen, den auf unsere Zahlstelle entfallenden Betrag von \mathcal{M} 15 für die Van-Schreibmaschine aus der Lokalkasse zu bestreiten. Ferner wurde die Anschaffung der „Geschichte der Zimmererbewegung“ beschlossen. Ein Antrag, daß unsere Fachzeitung in den Vereinslokalen ausgelegt werden möge, fand Zustimmung. Hierauf fand noch die Neuwahl der Kartelldelegierten statt, und zum Schluß wurden noch einige weniger wichtige Angelegenheiten besprochen.

Halle a. d. S. In der Mitgliederversammlung am 4. Dezember hielt unser Gauleiter Laue-Leipzig einen Vortrag über die zentralen Tarifverhandlungen und die Situation im Baugewerbe. Er behandelte sämtliche Paragraphen des Mustertarifs und unterzog hauptsächlich diejenigen Bestimmungen einer scharfen Kritik, die gegen den bisherigen Zustand eine wesentliche Verschlechterung bedeuten. Die Versammelten sprachen sich über das Muster des Arbeitgeberbundes sehr abfällig aus. Der Entwurf erfuhr eine sehr scharfe Beurteilung. In der Diskussion wurde beantragt, unter den indifferenten Zimmerern eine Hausagitation vorzunehmen, um sie in unserem Verbands-zuführen, damit wir den Machtgelüsten der Unternehmer noch wirksamer als bisher entgegenzutreten können. Zu diesem Zwecke wurde beschlossen, sämtliche Kameraden, die sich melden, zu den statutarischen Bedingungen wieder aufzunehmen, auch diejenigen, die wegen irgendwelcher Vergehen aus dem Verbande ausgeschlossen wurden und deren Wiedereintritt an eine höhere Eintrittsgebühr gebunden ist. Zum An-schluß unserer Gewerkschaft an die Zentralbibliothek forderte ein Schreiben auf, das vom Bildungsausschuß eingegangen ist und verlesen wurde. Die Versammlung sprach sich im Prinzip für Verschmelzung der Bibliotheken zu einer Zentralbibliothek aus; sie ist auch mit den Einrichtungen, wie sie in dem Schreiben vorgeschlagen werden, einverstanden,

nur nicht mit der stoffweisen Bezahlung der einzelnen Gewerkschaften. Hauptächlich aus diesem Grunde gelangte sie zur Ablehnung. Die Versammlung ist der Meinung, wenn eine Zentralisation auf diesem Gebiete vorgekommen werden sollte, so haben alle Gewerkschaftsgenossen, ob kleine oder große Gewerkschaft, den gleichen Beitrag zu leisten, weil doch auch alle Gewerkschaftsgenossen die gleichen Rechte besitzen. Der Beschluß der Versammlung vom 6. November bezüglich des Winterbeitrags von 20 \mathcal{M} pro Woche für alle diejenigen, die den Winter hindurch in Arbeit stehen, wurde nochmals in Erinnerung gebracht; auch wurde um pünktliche Entrichtung des Beitrags ermahnt. Außerdem verlangte die Versammlung von den Mitgliedern, daß die ein-stündige Mittagspause auf alle Fälle eingehalten ist; wo Verstöße gegen den Tarif vorliegen, sind sie sofort dem Vor-sitzenden zu melden.

Stirschberg. Am 7. Dezember tagte im Gasthof „Zum Greif“ unsere regelmäßige Mitgliederversammlung, die von 52 Kameraden besucht war. Vor Eintritt in die Tagesordnung ehrte die Versammlung das Andenken unseres verstorbenen Ehrenmitgliedes Ernst Hornig in üb-licher Weise. Im ersten Punkt der Tagesordnung er-statteten die Delegierten den Kartellbericht, worauf sich die Wahl der Delegierten für nächstes Jahr an-schloß. Dann wurde die Arbeitslosenkontrolle geregelt. Die Meldezeit ist von 9 bis 11 Uhr vormittags. Das Aus-zahlen der Unterstützung erfolgt Sonnabend abends in der „Allen Hoffnung“. Die Kameraden, welche sich ar-beitslos melden, haben sich vorher beim Kassierer die Arbeitslosenkarte ausstellen zu lassen und zwar nur abends nach Feierabend. Eine längere Debatte entspann sich über die Erhebung eines Extrabeitrages. Es wurde beschlossen, drei Markten à 50 \mathcal{M} , im ganzen \mathcal{M} 1,50 in der beitrags-freien Zeit zu entrichten. Dieser Beitrag ist von allen Mitgliedern zu zahlen. Hierzu wurde der Wunsch aus-gesprochen, daß die Mitglieder nicht immer dem Kolpor-teuren Vorwürfe machen möchten, wenn sie kassieren kommen; Einwendungen sollten in der Versammlung geltend gemacht werden. Die Kolporture haben nach im weiteren kam der Tarif noch zur Sprache, der den Mitgliedern zur nächsten Versammlung fertig vorgelegt werden kann. Es wurden noch zwei Kameraden gewählt, die an den lokalen Verhandlungen teilnehmen sollen, wenn es zu solchen kommen sollte. Ferner wurden die Namen der 40 Kameraden verlesen, die bei der nächsten Beerdigung mitzugehen haben, sowie die Namen der-jenigen, die beim letzten Begräbnis unentschuldig gefehlt und die Strafgebühren zu entrichten haben. Hierauf trat Schluß der Versammlung ein. Die Generalversammlung findet nicht Sonntag, den 9. Januar, sondern Sonntag, den 2. Januar statt, wozu alle Kameraden, auch die von den Bezirken, eingeladen sind.

Liegnitz. Eine außerordentliche Mitgliederversam-mlung fand am 2. Dezember im Gewerkschaftshaus statt. Sie war sehr gut besucht. Kamerad Schmidt sprach über die Tarifverhandlungen und das Vertragsmuster. Die Ver-handlungen seien völlig resultatlos verlaufen. Die Unter-nehmer hätten ein Muster entworfen, das seinem ganzen Inhalt nach nur darauf abziele, die baugewerblichen Ar-beiter rechtlos und deren Organisationen haftpflichtig zu machen. Redner ging kurz die einzelnen Bestimmungen durch, deren schädigende Wirkungen an Beispielen erläu-ternd. Die Versammelten folgten seinen Ausführungen mit lebhaftem Interesse und in der Diskussion gaben einige Redner ebenfalls ihren Anwillen kund über das vom Unter-nehmerbund entworfene Muster. Im Anschluß hieran wurde das Muster verlesen und ferner die Vorlage zu einem Tarif für Liegnitz. Der letztere wurde zugestimmt. In „Verschiedenes“ führte der Vorsitzende an, daß in An-betracht der bevorstehenden Situation es der Gesamt-vorstand für ratsam gehalten habe, der heutigen Ver-sammlung den Vorschlag zu machen, zur Stärkung der Lokalkasse eine Marke (50 \mathcal{M}) zu kaufen. Die Versamm-lung beschloß, Marken zum Preise von 50 \mathcal{M} zu beschaffen, wovon jedes Mitglied zwei Stück zu kaufen hat. Der Zu-schlag zur Arbeitslosenunterstützung soll weiter bestehen bleiben. Kamerad Pietzsch machte die Anwesenden darauf aufmerksam, daß vom 4. Dezember an die beitragsfreie Zeit beginne. Pflicht jedes Kameraden müsse es daher sein, sein Buch bis dahin in Ordnung zu bringen. Kame-rad Schmidt-Breslau äußerte sich in seinem Schlußwort noch bezüglich der in der letzten Versammlung gefaßten Resolution, und meinte, daß er nicht erkenne, in welcher Situation wir uns befänden, aber es gäbe doch noch genügend Zahlstellen, welche ohne sein Weissein resp. ohne seine Hilfe sehr schwer vorwärts kommen, und da müsse es seine Aufgabe sein, dort einzugeifen, wo es am nötigsten sei. Nachdem Kamerad Jadsch noch auf die Vorteile der Genossenschaftsbewegung hingewiesen sowie zum Beitritt in die Konsumvereine aufgefordert hatte, schloß der Vor-sitzende die Versammlung mit einem Hoch auf den Verband der Zimmerer.

Marne. Die regelmäßige Mitgliederversammlung am 5. Dezember wies einen guten Besuch auf. Im ersten Punkt der Tagesordnung wurde die Vorstandswahl erledigt. Hierauf wurde beschlossen, den zu Weihnachten zureichenden Kameraden eine Unterstützung von \mathcal{M} 1,50 zu gewähren; die ausgesteuerten Kameraden sollen außerdem beim Her-bergswater freies Nachtlager und morgens Beföstigung er-halten. Es wurde noch bekanntgegeben, daß zu der am 2. Januar stattfindenden Versammlung unser Gauleiter eingeladen ist. Den Schluß bildete die Erledigung innerer Angelegenheiten.

Mühlhausen i. G. Eine außerordentliche Mitglieder-versammlung tagte am 5. Dezember im Lokal von Wein-zorn. Sie war nur schwach besucht. Nach Erledigung der geschäftlichen Angelegenheiten wies der Vorsitzende auf den Mustertarif der Unternehmer hin, was der Versammlung Veranlassung gab, an den einzelnen Bestimmungen des-selben eine scharfe Kritik vorzunehmen. Dann wurde mit-geteilt, daß eine Lohnreduzierung auf dem Platze Wäginger durch die Wachsamkeit des Vorstandes und die Geschlossen-heit der dort arbeitenden Kameraden zurückgewiesen wer-den konnte. Ein Kamerad sei von der Firma gemäßigelt worden und habe die ihm zustehende Unterstützung erhalten. Mit dem Bericht der Lohnkommission, der nunmehr er-stattet wurde, erklärte die Versammlung sich einverstanden. Die Winterbeiträge wurden auf der bisherigen Höhe (20 \mathcal{M}

pro Woche) belassen. Als Arbeitslosenunterstützungsaus-zahler wurde Kamerad Schwenninger gewählt, bei dem die Meldungen stattfinden haben. Die tägliche Kontrolle erfolgt vormittags von 8 bis 11 Uhr und nachmittags von 2 bis 5 Uhr. Die Auszahlung erfolgt jeweils Sonnabend abends im Lokale Weinzorn. Für einen zugereisten mittel-lofen organisierten Bauhilfsarbeiter wurde eine Teller-versammlung veranstaltet, die einen Betrag von \mathcal{M} 1,70 ergab. Von der hiesigen Stadtverwaltung wurde für hiesige organisierte Arbeiter ein Zuschuß zur Arbeitslosenunter-stützung bis zu 80 pzt. bewilligt. Es ist zu empfehlen, daß jeder dafür sorgt, daß seine Beiträge in Ordnung sind, andernfalls er diese Vergünstigung nicht genießt. Der Bierkonkott besteht fort und ist es Pflicht aller Kameraden, darüber zu wachen, daß er eingehalten wird. Der Punkt „Verschiedenes“ wurde wegen vorgerückter Zeit vertagt.

Neubrandenburg. In der am 27. November statt-gefundenen Mitgliederversammlung wurde zunächst die Ab-rechnung vom dritten Quartal mitgeteilt, die mit einem Lokalbestand von \mathcal{M} 119 abschloß. Die Kontrolle der Ar-beitslosen wurde dem Kameraden Knaack übertragen; als Kontrollzeit wurden die Stunden von 9½ bis 11 Uhr vor-mittags festgesetzt. Hierauf verlas der Vorsitzende das vom Arbeitgeberbund aufgestellte Tarifmuster und führte dazu aus, daß wir demselben unsere Zustimmung nicht geben könnten. Der Arbeitgeberbund werde aber wohl auf Annahme beharren und deshalb sei zum nächsten Frühjahr ein schwerer Kampf auf der ganzen Linie zu gemäri-gen. Für uns erwachse daraus die Notwendigkeit, schon jetzt Maßnahmen zu treffen, damit wir aus einem etwaigen Kampfe siegreich hervorgehen. Weiter wurde beschlossen, auch in diesem Winter einen Lokalbeitrag von 10 \mathcal{M} pro Woche von den in Arbeit stehenden Mitgliedern zu erheben. Vom Vorsitzenden wurde noch darauf hingewiesen, daß laut Spruch der Schlichtungskommissionssitzung vom 7. Oktober das Lohngebiet für Neubrandenburg festgelegt ist, und ist für alle Arbeiten in diesem Gebiete der hier tariflich fest-gelegte Lohn zu zahlen. Nun seien aber auch die Kame-raden aus den umliegenden Zahlstellen, die von ihren Unternehmern in diesen Bezirk hinein zur Arbeit geschickt werden, verpflichtet, den Beitrag zum Verband zu bezahlen in der Höhe, wie er hier bezahlt wird; es soll hierüber in einer der nächsten Versammlungen beraten werden. In Betracht kommen Mitglieder aus den Zahlstellen Staben-hagen, Treptow a. d. T. und hauptsächlich aus Stargard i. M. Als zu Neubrandenburg gehöriges Lohngebiet sind folgende Orte festgelegt: Trolenhagen, Ziersfeldt, Rißow, Karls-höhe, Tannenkrug, Neuenhof, Wulkentzien, Brandmühle, Weitin, Zirzow (einschließlich Mühle), Kasübbe und Wog-gerfien, sowie alle in diesem Kreise liegenden Gehöfte und Neubauten. Sodann wurde noch beschlossen, die nächste Versammlung am Sonnabend, 8. Januar, abzuhalten, wenn nicht dringende Fälle eintreten, die eine Versammlung erfordern. Zu wünschen wäre, daß die Kameraden sich für die Zukunft mehr an den Versammlungen beteiligen. Namentlich jetzt, wo wir durch die Tarifbewegung vor Fragen gestellt sind, die das Sein oder Nichtsein des Ver-bandes bedeuten, sollten es sämtliche Mitglieder sich zur Pflicht machen, alle Versammlungen vollständig zu besuchen und nicht immer nur einigen Kameraden die Beschluß-fassung überlassen.

Obersloe. Eine außerordentliche Mitgliederversam-mlung am 5. Dezember nahm Stellung zu dem vom Gau-leiter angeregten Winterbeitrag. Es wurde beschlossen, einen wöchentlichen Beitrag von 20 \mathcal{M} zu erheben. Arbeits-lose sind von diesem Beitrag befreit. Die Erhöhung des Kartellbeitrages wurde abgelehnt. Der Vorstand wurde ermächtigt, in Mollagen-Gieße einen Hilfskassierer ein-zusetzen. Er wird zu dem Zwecke mit den dortigen Kame-raden in Verbindung treten. Die Generalversammlung findet am 13. Dezember in „Stadt Lübeck“ statt. Es wird zahlreicher Besuch erwartet. Hierauf trat Schluß der von nur 17 Mitgliedern besuchten Versammlung ein.

Schönebeck. Am 27. November tagte im „Bürger-haus“ unsere regelmäßige Mitgliederversammlung. Sie nahm zunächst Kenntnis von der vom Vorstand beschlos-senen Gewährung einer Unterstützung für einen Kameraden, dessen Frau gestorben ist. Der Beschluß des Vorstandes wurde gutgeheißen. Aus dem Kartellbericht, der von dem Delegierten erstattet wurde, ist hauptsächlich hervorzu-heben, daß mehr als bisher die Jugendbildungsbestre-bungen gefördert werden sollen. Es wurde beschlossen, für diesen Zweck pro Mitglied und Jahr 10 \mathcal{M} aus der Lokalkasse zu bewilligen. Der Winterbeitrag wurde in der gleichen Höhe wie bisher — 20 \mathcal{M} pro Woche — bei-gehalten. Anschließend hieran fand die Wahl von zwei Revisoren statt. Mit der Arbeitslosenunterstützungsaus-zahlung wurde Kamerad Döbler betraut. Ueber die Be-stimmungen des Reglements gab der Vorsitzende die nötige Aufklärung. Er erinnerte noch weiter daran, daß die vollgelebten Mitgliedsbücher abzugeben seien, daß aber jedes Mitglied für seine Beitragsmarken verantwortlich sei. Zum Schluß wurde noch bekanntgemacht, daß die nächste Versammlung am 18. Dezember stattfindet, und ferner wurden noch einige interne Angelegenheiten ge-regelt.

Schweidnitz. Eine Mitgliederversammlung am 5. De-zember im Lokal von Klobetz war sehr zahlreich besucht. Gegenstand der Beratung war der Mustertarif der Unter-nehmer. Das einleitende Referat hatte Kamerad Schmidt-Breslau übernommen. Er entledigte sich seiner Aufgabe in trefflicher Weise. Seinen Ausführungen stimmte die Ver-sammlung vollinhaltlich zu. Daß sie sich des Ernstes der Situation bewußt war, mag daraus hervorgehen, daß sie den Beschluß faßte, in den Wintermonaten einen Lokalen Beitrag von 20 \mathcal{M} pro Woche zu erheben. Unter „Ver-schiedenes“ konnte mitgeteilt werden, daß der Stand unse-rer Finanzen sich bereits wesentlich gebessert habe; auch der Mitgliederbestand habe sich gehoben, indem im vierten Quartal eine Anzahl neuer Mitglieder eingetreten sei. Wenn alle Kameraden nur recht rührig sein wollten, dann werde die Agitation noch weitere Erfolge zeitigen. Hierzu bemerkte Kamerad Scholz, daß erst kürzlich wieder unsere christlichen Brüder vergebliche Versuche unternommen hätten, Mitglieder für ihre Organisation zu werben. Ihr Agitator habe versprochen, wiederkommen zu wollen. Kamerad Schmidt beleuchtete noch kurz die Methode der christlichen Agitatoren. Jedenfalls hätten die Christen ge-

glaubt, in Schweidnitz im trüben fischen zu können, und es sei erfreulich, daß ihnen niemand ins Netz gelaufen sei. Das dürfe auch in Zukunft nicht geschehen, dafür müßten die Kameraden sorgen. Die Interessensvertretung der Zimmerer sei der Zentralverband der Zimmerer Deutschlands, der jeden Zimmerer aufnehme ohne Rücksicht auf seine religiöse oder politische Gesinnung. Hinein in den Zentralverband! So müsse auch in Zukunft die Parole lauten.

Singen a. Hohentwiel. Unsere regelmäßige Mitgliederversammlung am 5. Dezember war trotz des schlechten Wetters sehr gut besucht. Eingangs wurden die Beiträge geregelt und hierauf fand die Wahl eines Schriftführers ihre Erledigung. Es folgte der Kartellbericht, den Kamerad Jester erstattete und gegen den Einwendungen nicht gemacht wurden. Zum Punkt „Weihnachtsfeier“ wurde der Antrag, eine Sammelliste zirkulieren zu lassen und den Ertrag zu einer Kinderbescherung zu verwenden, angenommen. Die Summe soll dem Kartell überwiesen werden. Kamerad Failenschmid hielt sodann ein treffliches Referat über den Stand der Lohn- und Tarifbewegung im Baugewerbe. Anknüpfend an das bisherige Vertragsmuster und an die zentralen Verhandlungen beleuchtete er den jetzigen Unternehmerentwurf mit seinen ganz beträchtlichen Verschlechterungen, sowohl in materieller wie auch in rechtlicher Beziehung. Redner kam zu dem Schluß, daß allem Anschein nach das Baugewerbe vor großen Ereignissen stehe, woraus jeder organisierte Kamerad die Lehre ziehen sollte, daß von jetzt ab unermüdet für das Erstarren des Zentralverbandes eingetreten werden müsse, damit uns das Unternehmertum gerüstet finde. In der Debatte traten einige Redner den Ausführungen des Referenten bei; auch sie forderten die Anwesenden zu einer rührigen Tätigkeit für den Verband auf. Die Versammlung hatte sich dann noch mit der Festsetzung des Winterbeitrages zu befassen. Kamerad Failenschmid begründete eingehend die Notwendigkeit der Erhebung von Winterbeiträgen. Ein Antrag des Kassierers, den Beitrag auf 20 M pro Woche zu bemessen, wurde einstimmig angenommen. Unter „Verschiedenes“ gab der Kassierer noch Anleitung bezüglich der Arbeitslosen- und Reiseunterstützung. Auch betonte er nochmals, daß die Agitation in der Umgegend nicht ruhen dürfe. Es müsse dafür gesorgt werden, daß nicht wieder bei einer Lohnbewegung hier am Orte die Zimmerer aus der Umgegend uns in den Rücken fallen. Wenn jeder Verbandskamerad mithelfe, die Indifferenten aufzuklären und sie von der Notwendigkeit der Organisation zu überzeugen, dann könne man der Zukunft ruhig entgegensehen. Nach einigen anfeuernden Worten des Vorsitzenden trat Schluß der Versammlung ein.

Stargard i. M. Am 12. Dezember tagte eine Mitgliederversammlung gleichzeitig mit der der Maurer, deren Gauleiter über den Mustertarif und die Absichten der Zentralverbände referierte. Alle versammelten Mitglieder stimmten unsern Ausführungen zu. Im zweiten Punkt legte unser Kassierer die Abrechnung vom vierten Quartal vor, und wurde ihm nach Durchsicht seitens der Revisoren Entlastung erteilt. Für seine Unterstützung durch einen Betrag von M 30, der teils auf Sammellisten, teils aus dem Lokalfonds zusammengebracht war, ließ ein erkrankter Kamerad durch den Kassierer der Versammlung seinen Dank ausdrücken. Als letzter Punkt wurde einstimmig beschlossen, statt der Lokalmarken à 5 M für das Wintervierteljahr 10 M zu erheben; dafür wird den Arbeitslosen, wenn sie Unterstützung beziehen, ein Zuschuß von 25 M pro Tag aus der Lokalkasse gewährt. Mag dieser Beschluß dazu beitragen, die Kameraden von dem Wert unserer Unterstützungsanstaltungen zu überzeugen.

Stargard i. Pom. Am 5. Dezember fand unsere regelmäßige Monatsversammlung im Restaurant „Zur Gerichtslauke“ statt. Im ersten Punkt der Tagesordnung, Lohnfrage, wurde beschlossen, abwartende Stellung einzunehmen. Kamerad Zibell machte im Anschluß daran auf die Nr. 47 des „Zimmerer“ aufmerksam, in der über die ersten zentralen Verhandlungen zur Feststellung eines Tarifvertragsmusters berichtet werde. Diese Nummer solle von jedem Kameraden gelesen werden. Aus der Stellung, die die Unternehmer eingenommen haben, gehe deutlich hervor, daß sie den Kampf wollen. Auch wir sollten uns deshalb rufen für die bevorstehende Aktion; vor allem aber sollten wir mehr agitieren für den Zentralverband. Geschimpft werde ohnehin genug. Das müsse nun einmal aufhören. Wir müssen zusammenstehen, um eine größere Macht entfalten zu können. Das Persönliche müsse von dem Sachlichen streng geschieden werden, dann würden auch die Reibereien untereinander verschwinden und wir könnten getrost und guten Mutes dem Frühjahr 1910 entgegen schauen. Im zweiten Punkte wurde die Vorstandswahl vorgenommen. In „Verschiedenes“ wurde gerügt, daß die Kameraden sich zu wenig an den Versammlungen beteiligen. Es sind immer dieselben, die kommen, und mehr als ein Drittel der Mitglieder ist nie anwesend. Kameraden, auch dieses muß anders werden; in jeder hat das Recht, in den Versammlungen zu erscheinen. Je mehr wir die Versammlungen besuchen, desto fester wird auch der Zusammenhalt. Deshalb wollen wir hoffen, daß es im Jahre 1910 besser damit wird. Nachdem noch einige lokale Fragen erörtert waren, schloß die gut verlaufene Versammlung.

Stolz. Im Lokale der Frau Möws fand am 28. November eine gut besuchte Extraversammlung statt. Sie beschäftigte sich im ersten Punkte der Tagesordnung mit der nächstjährigen Lohnbewegung, wozu Kamerad Finsel aus Elbing das einleitende Referat übernommen hatte. Er behandelte zunächst in sehr ausführlicher Weise die Lohn- und Arbeitsverhältnisse hier in Stolz und ferner die bisherigen Bemühungen der Zimmerer, eine Verbesserung ihrer Lebenshaltung anzustreben. Hierbei besprach er auch den Streit der hiesigen Zimmerer im Jahre 1906, mit dessen Ausgang niemand zufrieden gewesen sei; denn nicht einmal die Anerkennung der Organisation habe durchgesetzt werden können. Inzwischen sei nun die Organisation erstarkt, weshalb man wohl erwarten dürfe, daß bei einem allernächsten Vorstoß der Erfolg ein besserer sein werde. Allerdings dürfe man nicht verkennen, daß auch auf Unternehmenseite der Widerstand größer geworden sei; aber wenn nur alle Kameraden einig und

geschlossen ständen, müsse es gelingen, diesen Widerstand zu brechen. Redner machte ferner auf die allgemeine Bewegung im nächsten Jahre aufmerksam, die bereits eingeleitet sei durch die zentralen Verhandlungen. Diese hätten ein Resultat nicht gezeitigt, weil die vorhandenen Gegensätze zu groß gewesen seien. Einer längeren Betrachtung unterzog der Referent den Tarifentwurf der Unternehmer. Einem solchen Monstrum könne eine Arbeiterorganisation unter keinen Umständen zustimmen, weil sie sonst aufhören würde, als die Interessensvertretung der Arbeiter zu gelten. Anscheinend hätten es die Unternehmer auf eine Machtprobe abgesehen; wir müßten daher auch unsererseits eine energische Tätigkeit entfalten, um unsere Macht zu erweitern und uns auf den bevorstehenden Kampf zu rüsten. — Die Debatte bewegte sich im Sinne des Referats. Alle Redner mißbilligten sehr scharf die in dem Unternehmerentwurf enthaltenen Bestimmungen und gelobten, die nächste Zeit zu einer rührigen Agitation zu benutzen. Der Verlauf der Debatte ließ erkennen, daß die Stolper Kameraden gewillt sind, in dem bevorstehenden Kampfe ihren Mann zu stellen. Sechs Mann ließen sich aufnehmen.

Stuttgart. Am 30. November tagte eine allgemeine Mitgliederversammlung, die sich mit der Kündigung unseres Tarifes beschäftigte. Das einleitende Referat hatte Kamerad Failenschmid übernommen: „Die Tarifvertragsfrage unter besonderer Berücksichtigung unserer Lohnbewegung“. Die Frage nun, ob man den Tarif kündigen sollte, war erledigt, indem der Baugewerbeverein am 28. November den Vertrag gekündigt hatte. Failenschmid besprach in seinem Vortrage die Entwicklung des Tarifvertrages von seinem Anfangsstadium bis jetzt und dabei auch die Verhandlungen in Berlin, wo die Unternehmer auf ihre Macht pochend uns ein Vertragsmuster vorlegten, welches wie eine Verböhnung wirken muß. Nachdem Redner eine Darstellung der Errungenschaften des Zentralverbandes gegeben hatte, kam er auf die einzelnen Bestimmungen des Vertragsmusters zu sprechen, aus denen überall ein reaktionärer Geist herausfahle. Er kam zu dem Schluß, daß das Vertragsmuster für uns unannehmbar sei. Da aber über 300 Verträge ablaufen und demgemäß die Bewegung auch einen großen Umfang annehmen wird, müssen wir die kurze Zeit bis zum Tarifablauf noch energisch ausnützen, um uns zu rüsten. Es würde sich empfehlen, einen Winterbeitrag einzuführen. Die eineinhalbstündigen Ausführungen wurden beifällig aufgenommen. Während der Debatte, an der sich 20 Redner beteiligten, wurden aus der Mitte der Versammlung drei Anträge auf Erhebung eines Winterbeitrages gestellt. Die Diskussion bewegte sich im allgemeinen nicht gerade auf einem höheren Niveau. Die Stuttgarter Kameraden sind gewohnt, daß ihnen alles ohne Kampf in den Schoß fällt; seit 1898 war hier kein Streit mehr. Failenschmid geißelte in seinem Schlußwort scharf die Ausführungen einiger Redner und befürwortete dringend die Erhebung eines Winterbeitrages. Daß die Unternehmer uns den Vertrag gekündigt haben, sollte jedem zu denken geben. Trotzdem wurde die Erhebung eines Winterbeitrages mit sieben Stimmen Mehrheit abgelehnt. Die Vorstandschaft ist sich des Ernstes der Situation voll bewußt; mögen unsere Kameraden nächstes Frühjahr nur nicht aus einem schönen Traum jäh erwachen. Wenn der Winterbeitrag, wie ein Redner meinte, darum abgelehnt werden mußte, weil er nicht als besonderer Punkt auf der Tagesordnung stand, so wird sich wohl noch eine Versammlung damit beschäftigen müssen. Wenn dann nicht zu raten ist, ist auch nicht zu helfen. Zu den örtlichen Verhandlungen wurden die Kameraden Failenschmid, Oswald und Leuger bestimmt.

Tilsit. Unsere Mitgliederversammlung am 5. Dezember nahm den Bericht von der Bauarbeiterschulkonferenz in Elbing entgegen, den Kamerad Elsäner erstattete. Kamerad Rurphat sprach dann über den Mustertarif und dessen Bedeutung. Unter „Verschiedenes“ gab derselbe Redner noch Aufklärung über die Aufgaben des Gewerkschaftskartells und des Konsumvereins.

Trossberg. Am 9. Dezember fand unsere Mitgliederversammlung statt. Kamerad Kemmer aus München sprach über: „Die Lohnbewegung 1910 im deutschen Baugewerbe und der Verband der Zimmerer Deutschlands“. In gut verständlicher Weise legte er der Versammlung die Vorgeschichte der großen Lohnbewegung 1910 dar. Durch Erläuterung des Tarifentwurfs des Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe wurden die Anwesenden unterrichtet, welche Absichten die Unternehmer verfolgen. Die Versammlung stimmte dem Referenten darin bei, daß wir einem solchen Tarif niemals unsere Zustimmung geben dürften. Mit der Aufforderung, daß in Anbetracht der ernststen Situation alle Verbandsmitglieder auf dem Posten sein müßten und alles dafür einzusetzen hätten, damit unsere Organisation den Anforderungen einer so ausgedehnten Lohnbewegung gewachsen sei, schloß Redner unter Beifall seinen interessanten Vortrag. Eine Diskussion hierüber wurde nicht beliebt. Hierauf wurde die Abrechnung vom vierten Quartal bekanntgegeben und gutgeheißen. Im Anschluß daran wurde einstimmig beschlossen, den Winterbeitrag auf 20 M pro Woche festzusetzen. Dem Vorsitzenden und dem Kassierer wurden für ihre Tätigkeit im Jahre 1909 eine einmalige Entschädigung von je M 10 bewilligt. Anschließend hieran wurde die Neuwahl des Gesamtvorstandes vollzogen. Als Kandidat zur außerordentlichen Generalversammlung wurde der Kamerad Schmidinger gewählt. Mit dem Wunsche, die Mitglieder möchten die neue Vorstandschaft kräftig unterstützen, insbesondere die Beiträge regelmäßig entrichten und die Versammlungen fleißig besuchen, schloß der Vorsitzende die gut verlaufene Versammlung.

Verden. Am 5. Dezember fand die Generalversammlung der hiesigen Zahlstelle statt, in der der Vorsitzende Bericht erstattete von der gemeinschaftlichen Sitzung der Vorstände, die sich mit der Lohnfrage befaßte. Es ist noch eine weitere Sitzung in Aussicht genommen, zu der die Gauleiter hinzugezogen werden sollen. Der Winterbeitrag wurde auf 20 M pro Woche festgesetzt. Es folgte die Wahl des Vorstandes, der Revisoren und der Kartelldelegierten. In „Verschiedenes“ machte der Vorsitzende auf den Schluß des Quartals und auf die Begleichung der Beiträge aufmerksam, ebenso auf die pünktliche Entrichtung der Winter-

beiträge. Nachdem noch der Kartellbericht erstattet war, trat Schluß der von 16 Mann besuchten Versammlung ein.

Warin. In der Herberge fand am 11. Dezember eine außerordentliche Mitgliederversammlung statt, in der der Jahres- und Kassibericht erstattet wurde. Am Jahresabschluss 1908 hatten wir einen Kassenbestand von M 68,56. Die Einnahme 1909 stellte sich auf M 472,10, die Ausgabe auf M 442,44 (davon M 393,55 an die Zentralkasse und M 48,89 lokale Ausgaben), so daß der jetzt vorhandene Kassenbestand M 98,22 beträgt. Mitglieder zählten wir im ersten Quartal d. J. 20, im vierten Quartal 23. Organisiert sind sämtliche Zimmerer am Orte und in der Umgegend. Die Zahlstelle kann nunmehr auf ein zwanzigjähriges Bestehen zurückblicken. Sechs Kameraden gehören ihr seit der Gründung an. Au den Bericht schloß sich die Vorstandswahl und ihr folgte noch die Erledigung innerer Angelegenheiten.

Witten. Die regelmäßige Mitgliederversammlung am 27. November war gut besucht. Nach Erledigung von geschäftlichen Angelegenheiten hielt Kamerad Walter aus Düsseldorf einen Vortrag über den Vertragsentwurf des Unternehmerbundes für das Baugewerbe. Redner behandelte in ausführlicher Weise die hauptsächlichsten Bestimmungen des Entwurfs und übte scharfe Kritik daran. Die Versammlung folgte mit Aufmerksamkeit seinen Darlegungen und gab am Schluß ihrer Zustimmung Ausdruck. Ueber den Entwurf herrschte nur eine Meinung, nämlich die, daß er niemals Vertrag werden dürfe. Unter „Verbandsangelegenheiten“ wurde die Kontrolle der Arbeitslosen und die Auszahlung der Unterstützung geregelt. Weibes geschieht in Annen beim Kassierer, in Witten beim Bezirkskassierer. Ferner wurde noch die Erhebung eines Winterbeitrages von 30 M pro Woche beschlossen. Den Schluß bildete die Erledigung örtlicher Angelegenheiten.



Baugewerbliches.

Risiko der Bauarbeiter. In Schwerte waren drei Zimmerleute am Wasserturm der Eisenindustrie mit Reparaturarbeiten beschäftigt, die sie nur von einer Leiter aus ausführen konnten. Die Leiter muß wohl zu schwach gewesen sein, denn sie brach plötzlich und alle drei Zimmerleute stürzten in die Tiefe. Einer, Tillmann mit Namen, fiel in einen Teich, aus dem er nur als Leiche hervorgezogen werden konnte, die beiden andern, Kurke und Fesche erlitten schwere Verletzungen, die ihre Ueberführung ins Krankenhaus notwendig machten. Der Unfall ereignete sich am 7. Dezember. — Am Turnhallenneubau in Siegen rück stürzte der 24 Jahre alte Zimmermann Paul Hering so unglücklich vom Gerüst ab, daß der Tod alsbald eintrat. Dem jungen Manne war die Hirnschale zerschmettert.

Erste Bauarbeiterschulkonferenz für den Bereich der Sektion I der Hannoverschen Baugewerks-Vereinsgenossenschaft. Am 28. November tagte im „Ballhof“ zu Hannover eine Bauarbeiterschul-Konferenz, die durch den Vorsitzenden der örtlichen Bauarbeiterschulkommission, Friß Meißner, eröffnet wurde. Anwesend waren 103 Delegierte, die 19 667 baugewerbliche Arbeiter aller Berufe vertraten. Ueber die reichsgesetzliche Regelung der Bauarbeiterschulfrage und die Hannoversche Baugewerks-Berufsgenossenschaft sprach der Sekretär der Zentralkommission, Heintze-Samburg. Er behandelte in sehr eingehenden Darlegungen die Entwicklung und den gegenwärtigen Stand des Bauarbeiterschulwesens, sowie die Lage Galtung der Regierung und der Behörden zu demselben. Einer streng kritischen Betrachtung unterzog er die Hannoverschen Unfallverhütungsvorschriften, die dringend einer Vervollkommnung bedürfen. Das zeigte vor allem die hohen Unfallziffern. Im Jahre 1907 betrug die Zahl der Unfälle im Bezirk der Hannoverschen Berufsgenossenschaft 3082, davon waren 701 schwere und 91 tödliche. Groß sei die Zahl der Verstöße der Unternehmer gegen die Schutzvorschriften, völlig ungenügend die Ueberwachung der Bauten durch technische Beamte. Abhilfe erwarteten die Arbeiter durch eine reichsgesetzliche Regelung und vor allem durch die Anstellung von gewissenhaften Kontrolleuren aus Arbeiterkreisen. Ein sehr ausführliches Referat hielt hierauf der Vorsitzende des Zweigvereins der Maurer zu Hannover, Meißner. Er beschäftigte sich vorwiegend mit den Zuständen im Bereiche der Hannoverschen Berufsgenossenschaft, die teilweise als skandalös bezeichnet werden müssen und weiter berührte er die Praxis der Berufsgenossenschaft bei der Rentenfestsetzung, die manchen Arbeiter direkt zur Verzweiflung treibe. Er faßte seine Forderungen in nachstehender Resolution zusammen, die einstimmige Annahme fand:

„Die heutige Konferenz erklärt die gegenwärtigen Unfallverhütungsvorschriften nicht für geeignet, Leben und Gesundheit der baugewerblichen Arbeiter in hinreichendem Maße zu schützen. Ganz besonders ist zu bemängeln, daß bei Ausführung von Bauten, welche über die Hand gemauert werden, gegen die Gefahr des Herabfallens nicht genügend Sicherheit bietende Vorschriften über die Schutzgerüste vorhanden sind. Gerade dadurch sind in letzter Zeit verschiedene Unglücksfälle entstanden, welche zum Teil tödlichen Ausgang gehabt haben. Die Kontrolle der Bauten durch die Beamten der Berufsgenossenschaft ist eine völlig ungenügende, da diese wenigen Beamten auch noch die Kontrolle über die Lohnbücher zur Beitragsleistung der Genossenschaft auszuführen haben. Selbst der frühere Staatssekretär Graf Posadowsky hat im Deutschen Reichstag bei Beratung der Bauarbeiterschulfrage am 12. Februar 1904 erklärt, daß, wenn jeder Baubetrieb einmal im Jahre kontrolliert würde, auf je 1000 Betriebe ein technischer Aufsichtsbeamter angestellt werden müßte; dazu wären zurzeit 178 Beamte nötig; bis jetzt sind aber nur 104, also etwas über die Hälfte, tätig. Die Polizeiverordnungen in den einzelnen Regierungsbezirken entsprechen nicht im entferntesten den zu stellenden Ansprüchen. Die Dichtung der Winterbauten gegen Witterungseinflüsse ist für einen zu beschränkten Zeitraum bemessen; abgesehen davon, daß in vielen Fällen eine Dichtung überhaupt nicht stattfindet. Die in diesem Sommer aufgenommenen Statistiken geben den eklatantesten

Beweis, daß die Durchführung der Schutzbestimmungen eine äußerst Lage, von den Behörden nicht genügend überwacht ist. Der Schutz gegen Unfälle und sonstige Gesundheitsgefahren bei den Baubetriebsstätten ist landesgesetzlich durch Normalvorschriften einheitlich zu bestimmen, wobei die Vorschläge der Arbeiter zur Geltung kommen müssen. Für den Umfang des Staatsgebietes ist beim Ministerium der öffentlichen Arbeiten eine Zentralbehörde für Beaufsichtigung von Bauausführungen zu errichten, welche alljährlich über ihre Tätigkeit einen Bericht zu veröffentlichen hat. Die Baukontrollen müssen von den Arbeitern gewählt und dem Arbeiterstande entnommen werden. Um auch den Anordnungen dieser Beamten mehr Nachdruck zu verleihen, muß denselben Exekutivgewalt eingeräumt werden. Des Weiteren fordert die Konferenz, in den Lehrplan der Fortbildungsschulen die Fächer Gewerhygiene und Arbeiterschutz einzufügen."

Den Schutz der Maler und verwandter Berufe behandeln folgende, ebenfalls einstimmig angenommene Resolutionen:

I.

Die vom Bundesrat auf Grund der Gewerbeordnung § 120c erlassenen Vorschriften zum Schutze der Gesundheit gegen Bleivergiftung vom 27. Juni 1905 für die Betriebe im Maler-, Lackierer-, Anstreicher-, Tüncher- und Weißbindergerber sind nicht geeignet, die Gefahren der Bleivergiftung zu verhindern. Die durch den Verband der Maler- und Lackierer usw. im Jahre 1907 stattgefundene Erhebung im allgemeinen und die in der Provinz Hannover und den angrenzenden Orten gemachten Feststellungen haben ergeben, daß weder von der Durchführung, noch von einer Einhaltung der Vorschriften die Rede sein kann, da ein erheblicher Teil der Unternehmer sich nicht um die Vorschriften oder Einhaltung derselben kümmert. Die vorgenommenen Revisionen durch die Gewerbeinspektionen und Polizeibehörden sind ungenügend und können infolge der Unständigkeit der Arbeitsplätze und der vielen kleinen Betriebe nicht durchgeführt werden, daher auch alle Schutzvorschriften wirkungslos sind. Um die Gefahren, die sich aus der gewerblichen Verwendung der Bleifarben ergeben, zu bekämpfen, fordert die am 28. November in Hannover tagende Bauarbeiterschuttkonferenz ein reichsgesetzliches Verbot aller bleihaltigen Farben und verlangt mindestens, daß die Berufskrankheiten, vor allem die gewerbliche Bleivergiftung, den Betriebsunfällen gleichzustellen sind. Ferner verlangt die Konferenz von den staatlichen und kommunalen Behörden, daß in ihren Betrieben bleihaltige Farben nicht verwendet werden. Bei Vergebung von Maler-, Lackierer- und Anstreicherarbeiten ist den Privatunternehmern diese Forderung zur Bedingung zu machen. Zur unabhässigen Kontrolle für die Durchführung der Vorschriften sind von Arbeitern zu wählende Vertrauensmänner zur Mitwirkung hinzuzuziehen."

II.

In Erwägung, daß die Malergerüste im Bereich der hannoverschen Bauvereinsgenossenschaft für Außen- und Innenarbeiten, Brücken usw. in vielen Fällen in sehr primitiver Art (abgenutztes und zu schwaches Gerüstmaterial, Verwendung von alten Riegeln usw.) hergestellt werden, bei Innenarbeiten recht häufig keine Unterfuntsräume vorhanden sind, so daß Leben und Gesundheit in beständiger Gefahr schweben, fordert die am 28. November in Hannover tagende Bauarbeiterschuttkonferenz: 1. Für die Berufsangehörigen des Malergerüstes sind für Gerüste zum Fassadenanstrich, Brücken und Hallen, sowie für Arbeiten im Innern der Gebäude Vorschriften über sachmässige Herstellung und Beschaffenheit des Gerüstmaterials zu erlassen. 2. Die Bauherren und Unternehmer sind gemeinsam zu verpflichten, bei allen Neu- und größeren Umbauten bis zur Fertigstellung für alle Arbeiter genügende Unterfuntsräume zum Umkleiden, Einnehmen der Mahlzeiten und Waschgelegenheit zur Verfügung zu stellen. 3. Die Polizeivorschriften sind dahingehend zu erweitern, daß bei allen Hochbauten schon vom 1. Oktober bis 30. April die Arbeitsräume gegen Zugluft für alle Innenarbeiter zu schützen sind."

Der Vorsitzende Meißner hatte nach Beendigung seines Referates eine Anzahl von Ergänzungen und Verbesserungen zu den Unfallverhütungsvorschriften der hannoverschen Bauwerks-Berufs-Genossenschaft vorgetragen. Die entsprechenden Anträge sollen bei der bevorstehenden Revision jener Unfallverhütungsvorschriften vorgelegt und zur Nachachtung empfohlen werden.

Hierauf wurde noch folgender Beschluß gefaßt: „Es sollen in Zukunft, und zwar nach Bedarf, für den gesamten Bereich der hannoverschen Bauwerks-Berufs-Genossenschaft gemeinsame Bauarbeiterschuttkonferenzen abgehalten werden, damit die Fragen betreffend Unfallverhütungsvorschriften einheitlich beraten und entsprechende einheitliche Vorschläge der Berufs-Genossenschaft oder den Behörden gemacht werden können. Es soll jedoch den einzelnen Bundesstellen überlassen bleiben, wenn sich die Abhaltung einer Konferenz für ihren Bezirk als notwendig erweist, solche abzuhalten. Die Delegierten verpflichten sich, dafür zu sorgen, daß in allen Orten Bauarbeiterschuttkommissionen eingesetzt werden, welche den Schutz der Arbeiter auf Bauten zu fördern und zu überwachen und Material zusammenzubringen haben, welches eine Zentrale für den Bereich der hannoverschen Bauwerks-Berufs-Genossenschaft, die neu zu wählen ist, übermitteln wird. Diese Zentrale soll jedoch in ständiger Verbindung mit der Zentralkommission für Bauarbeiterschutz in Hamburg stehen."

Das Reichsversicherungsamt soll aufgefordert werden, dahin zu wirken, daß die bestehenden Baupolizeiverordnungen auch auf Staatsbauten ausgedehnt werden.

Die längste steinerne Bogenbrücke ist kürzlich fertiggestellt worden. Sie ist eine Eisenbahnbrücke der eingleisigen Wocheinerbahn und führt über den Sponzo bei Calciano in Istrien. Die 5,6 Meter breite Fahrbahn liegt rund 28 Meter über dem höchsten Wasserstande. Die 85 Meter weite Hauptöffnung hat im Scheitel eine Gewölbstärke von 2,1 Meter. Als Widerlager für den Hauptbogen wurden zwei 2,2 Meter dicke Eisenbetonplatten gebaut, deren jede fast 300 Quadratmeter groß ist. Der

Hauptöffnung schließen sich auf der einen Seite drei je 12 Meter weite und auf der andern zwei je 10 Meter weite Landöffnungen an.

Sozialpolitisches.

Die Ablehnung der Arbeitslosenversicherung in Baden. Die badische Regierung hat in einem Anflug sozialpolitischer Empfindens vor einigen Monaten eine Denkschrift veröffentlicht, in der die Frage der Arbeitslosenversicherung behandelt und die erforderlichen Vorschläge zur Durchführung gemacht wurden. Der Zweck der Veröffentlichung war, den Interessenten Gelegenheit zur Aussprache über diese Frage zu geben. Es wurde auch in ausgiebigem Maße von der gebotenen Gelegenheit Gebrauch gemacht. Die Arbeiterschaft hat sich für die Einführung einer Arbeitslosenversicherung ausgesprochen, während die Vertreter des Unternehmertums, mit einer Ausnahme, mit aller Entschiedenheit gegen jeden Versuch, die Frage einer Lösung entgegenzuführen, protestiert haben. Trotzdem hat die Regierung die Vertreter beider Richtungen zu einer gemeinsamen Sitzung eingeladen, um die Gründe der Beschlüsse vorzutragen zu lassen und um Gelegenheit zur Vermittlung der Gegensätze zu finden. Die Sitzung fand am 12. November statt. Eingeladen und erschienen waren die Vertreter der größeren und mittleren Städte des Landes, Vertreter sämtlicher Handels- und Handwerkskammern sowie der Landwirtschaftskammer. Ferner nahmen an der Besprechung teil die Vertreter von vier industriellen Unternehmerverbänden, Vertreter des Verbandes der badischen Gewerbe- und Handwerkervereinigungen und des Verbandes der badischen Arbeitsnachweise.

Von den Arbeitervertretern waren vier von den freien Gewerkschaften (Merkel-Mannheim, Willi-Karlsruhe, Kluge-Pforzheim und Engler-Freiburg), von den christlichen waren sechs und vom Hirsch-Dunderschen Gewerbeverein war ein Vertreter eingeladen und erschienen. Die Zahl der Teilnehmer betrug etwa 50 Personen.

Gleich zu Beginn der Verhandlungen zeigte sich, daß der Minister v. Bodman, der den Vorsitz führte, und der Gewerbe-Inspektor Dr. Wittmann, der ihm assistierte, sich eine unlösliche Aufgabe gestellt hatten, als sie den Versuch machten, die Unternehmer für den Gedanken der Arbeitslosenversicherung zu gewinnen. Der Vertreter des Allgemeinen Arbeitgeberverbandes, Kommerzienrat Engelhorn aus Mannheim, der Vertreter der Textilindustriellen, Gütermann vom badischen Oberland, lehnten mit aller Entschiedenheit jedes Eingreifen des Staates oder der Kommunen in der Frage der Arbeitslosenversicherung prinzipiell ab. Diesen Unternehmern ist es unfassbar, wie Regierungsvertreter auf die absurde Idee verfallen konnten, eine Arbeitslosenversicherung einzuführen zu wollen, die doch „nur den Arbeitern nützen würde“. Ganz besonders aber empörte diese Herrenmänner den Umstand, daß bei der Durchführung der Arbeitslosenversicherung die Gewerkschaften mitwirken sollten. Die Regierung verlege damit die Neutralität zum Nachteil der Unternehmer. Selbstverständlich wurde auch wieder die abgegriffene Behauptung, daß unsere Industrie keine neuen Lasten mehr ertragen könne, angeführt, und damit jeder weitere Ausbau der Sozialgesetzgebung abgelehnt. Von der Verteidigung gingen die Scharfmacher zum Angriff über, indem sie behaupteten, daß die Einführung der Versicherung die Fälle von Arbeitslosigkeit vermehren würde; denn die Arbeitgeber würden in Zeiten schlechten Geschäftsganges nicht mehr wie bisher den Arbeiter im Betrieb zu erhalten suchen, sondern eher zur Entlassung schreiten, als dies jetzt geschieht. Als ob sie sich jemals davon durch sentimentale Erwägungen hätten abhalten lassen.

Ueberraschend war einigermaßen, daß die Oberbürgermeister Siegrist-Karlsruhe und Martin-Mannheim auch dieses Horn bliesen. Man solle, so höhnte das Oberhaupt der Industrie- und Handelsstadt Mannheim, es überhaupt den Gewerkschaften überlassen, die Unterstützung ihrer Mitglieder zu regeln. Ein Bedürfnis, hier einzugreifen, liege um so weniger vor, als die Klassen der Arbeiterorganisationen genügend gefüllt seien. Die Einmischung der Gemeinden würde nur zu unnötig scharfen Auseinandersetzungen in den Bürgerausschüssen führen und dort die Gegensätze verschärfen, weil die Unterstützung der Arbeiter durch die Gemeinden die Neutralität gegenüber Arbeitern und Unternehmern verlege. Auch die Vertreter der Handelskammern, die noch vor einigen Monaten sich im allgemeinen für die Einführung einer Arbeitslosenunterstützung ausgesprochen hatten, stellten sich entschlossen auf den entgegengesetzten Standpunkt. Desgleichen lehnte natürlich der Vertreter der Landwirtschaftskammer, Freiherr v. Stöpingen, eine Versicherung für das ganze Land ab; er erklärte jedoch, gegen die Einführung in den Städten keine Bedenken zu haben. Diesem geschlossenen Unternehmertum standen die Arbeitervertreter geschlossen gegenüber. Sie wiesen die unerhörten Beleidigungen der Arbeiter, daß diese mit Hilfe der Unterstützung sich von der Arbeit drücken und auf Kosten der Kasse faulenzten würden, mit Entrüstung zurück. Der Nachweis, daß die Versicherung in dem gedachten bescheidenen Umfange durchführbar sei, prallte wirkungslos an dem Klaffenegoismus der Unternehmervertreter ab. Die zwischen uns und ihnen bestehenden Gegensätze — erklärte einer der Herren föhrl — sind unüberbrückbar. Auch der badische Fabrikinspektor Dr. Wittmann, der an der Ausarbeitung der Denkschrift einen hervorragenden Anteil hat, vermochte mit seinen eingehenden Darlegungen, nach denen die Arbeitslosenunterstützung auch den Unternehmern zugute komme, da es sich hier um „gemeinsame Interessen“ handele, auf die Unternehmer ebensowenig Eindruck zu machen, wie der Appell des Freiburger Professors Dr. Rosin an ihren Patriotismus und an ihr soziales Empfinden.

Die Konferenz ist resultatlos auseinander gegangen; sie ist nicht in eine Beratung über die verschiedenen Systeme der Arbeitslosenversicherung eingetreten, weil es zwecklos war, nachdem die Vertreter der Ausbeuter einmütig jede Mitwirkung fast abgelehnt hatten. Minister v. Bodman glaubte — oder gab vor, zu glauben —, daß die Besprechung nicht nutzlos gewesen sei, wenn die Arbeitslosenversicherung auch noch nicht zur Einführung gelange; er wolle jetzt an den Ausbau der Arbeitsvermittlung

berantreten, um so die notwendigen Voraussetzungen für eine Arbeitslosenversicherung zu schaffen. Daß er bei der Arbeitsvermittlung die Macht der Industriellen, die ihre eigenen Nachweise bereits eingerichtet haben, erst recht zu fühlen bekommen wird, scheint Herr v. Bodman noch nicht zu ahnen. („Leipz. Volksztg.“)

Gewerbegerichtliches.

Ueber die Gewerbegerichtswahl in Offen wird und geschrieben: Bei der am 1. Dezember erfolgten Gewerbegerichtswahl erhielten Stimmen: Freie Gewerkschaften 8077 (1906 7950), christliche Gewerkschaften 7517 (8752), Hirsch-Dundersche Gewerkschaften 489 (1180), polnische Gewerkschaften 345, gelbe Gewerkschaften 2756. Nach diesem Stimmresultat erhalten die freien Gewerkschaften acht Mandate, die christlichen sechs und die gelben zwei Mandate. Somit haben die freien Gewerkschaften den sogenannten gelben Sturm glänzend abgeschlagen. Was die Gelben mit den ungeheuren Geldopfern der Firma Krupp erreicht haben, das haben die beiden andern nationalen Phrasenreue größtenteils eingeblüht. Am Wahltag trugen alte Kruppische Inbaliden auf langen Stangen große Fackeln mit dem schwarzweißen Wappen; in großen Lettern war zu lesen: „Nieder mit dem Streikgesindel!“ Interessant dürfte sein, wie die Gelben auf den Kruppwerken selbst eingeschätzt werden. Herr Direktor Gillhausen stand dem Humburg von Anbeginn an sehr skeptisch gegenüber. Vor seiner Zustimmung zur Unterföhrung der Gelben forderte er zunächst das nach Berufen geordnete Mitgliederverzeichnis ein. Als dieses vorlag, erklärte er offen heraus: „Meine Herren, was nützen mir alle diese ungelerten Arbeiter. Die kann die Firma jeden Tag ersehen; wo sind die Spezialarbeiter, auf die es ankommt?“ Bei der Entscheidung sollen schließlich politische Erwägungen für das Direktorium der Firma Krupp ausschlaggebend gewesen sein. Man wolle — so wird erzählt — die Reichstagskandidatur des Herrn Krupp v. Bohlen und Halbach für die nächste Reichstagswahl vorbereiten; darum entschied man sich für die Züchtung der Gelben. Eine unglücklichere Idee ist von dem Direktorium nie gefaßt worden, als diese. Ein glänzender Reinfall.

Literarisches.

Ein nützliches Weihnachtsgeschenk. Welch weiten und schwierigen Weg mußte der erfinderische Menschengestirnt zurücklegen, um zu den großen Errungenschaften unseres Zeitalters zu gelangen, das mit Recht das technische genannt wird. Nur einige Beispiele hierfür: Jahrtausende hat es gedauert, bis der Mensch lernte, auf bequeme Art Feuer zu entzünden; noch bis in das 19. Jahrhundert hinein reichte die Anwendung von Feuerstein und Schwamm, die an sich gegenüber mühsameren Arten des Feuermachens schon ein großer Fortschritt war; jahrtausendlang fehlte es an Hilfsmitteln, um die Nacht wirksam und billig zu erhellen, und noch vor 100 Jahren verbrachten die meisten Menschen ihre Abende nach unsern heutigen Begriffen in halber Finsternis, noch vor etwa 70 Jahren bildeten Reisen, die man jetzt in einem Tage erledigen kann, ein Unternehmen von Wochen. Es leben heute noch Leute aus der Zeit, da man Bildnisse seiner Lieben außer in Gemälden oder Zeichnungen nur in schwarzen Silhouetten kannte — heute vermag der elektrische Funke nicht nur das Wort, sondern auch das Bild in die Ferne zu tragen. Welcher Gedankenarbeit, welcher rastlosen Mühe bedurfte es, um der Natur alle die uns bis jetzt bekannten Geheimnisse abzulaufrhen, ihre wunderbaren Kräfte zu erforschen und zu fesseln und sie der Menschheit dienstbar zu machen, wozu ein weiter Weg von den ersten Bildschrittzichen zur heutigen Buchdruckerkunst — vom ruckenden Rienspan zum taghellenden elektrischen Licht — von der Steinscheuber zur Kruppkanone und zum Torpedo — von tierischer Kraftleistung zur Fesselung von Wind, Wasser und Dampf — vom primitiven Gefährt zum dahinbrausenden Bahnzug und Automobil — vom launensicheren Funken der Elektrifiziermaschine bis zur beliebigen Verwandlung der Elektrizität in Licht, Kraft, Wärme und Schall! Ueber alle diese interessanten Dinge unterrichtet das soeben vollständig gewordene Werk „Der Siegeslauf der Technik“ (Stuttgart, Union, drei Bände zu je M. 12) in Wort und Bild für jedermann verständlich und doch wissenschaftlich wertvoll. Was Menschengestirnt im Laufe der Jahrhunderte ersann — in diesem Buche hat es eine Stätte gefunden, damit unsere Generation daraus lerne und es weiter verwerte für neue, immer größere Kulturthaten. Und es hat keine Zeit gegeben, in welcher die Kenntnis technischer Dinge von so großer Bedeutung gewesen wäre, wie in der Gegenwart. Zu keiner Zeit ist das Interesse allerweiterter Kreise für die umwälzenden Erfindungen menschlichen Scharfsinns, für die großartigen Werke schaffender Hände, für die immer tiefere Erforschung der wunderbaren Naturkräfte lebhafter gewesen als jetzt. Es gibt in der Tat keinen Stand oder Beruf, dem heutzutage nicht eine gewisse technische Kenntnis ein unentbehrliches Nützzeug wäre. Das Werk gibt alt und jung Gelegenheit, sich diese Kenntnis zu erwerben; es enthält in Wort und Bild und in leichter verständlicher, anziehender Form alles das, was der Gebildete unserer Tage aus dem großen, interessanten Reiche der Erfindungen und Entdeckungen wissen soll, es bildet eine in dieser Art noch nicht existierende, gemeinverständliche, volkstümliche Enzyklopädie, die für den Fachmann wie für den Laien, für den Gelehrten wie für den Handwerker, kurz: für jedermann wertvoll ist, der sein Wissen erweitern, sich in nützlicher Weise unterhalten oder seine Kräfte zur Mitarbeit an den Aufgaben der Kultur-menschheit weiter ausbilden will. Wie man schon vor 200 Jahren wissenschaftliche Kenntnisse einschätzte, sagt in seiner derben Art Abraham a Santa Clara wie folgt: Ein Mensch ohne Wissenschaft ist wie ein Soldat ohne Degen, wie ein Acker ohne Regen; ein Mensch ohne Wissenschaft ist wie ein Wagen ohne Räder, wie ein Schreiber ohne Feder; ein Mensch ohne Wissenschaft ist wie ein Himmel ohne Stern, wie eine Kuh ohne Kern; — Gott selbst mag die Felsstöck nicht leiden.

Im Verlag von Paul Singer in Stuttgart ist soeben erschienen: **Friedrich Schiller. Chromotypie in vier Farben nach einem für die bekannte Zeitschrift „Der wahre Jacob“ gemalt von Hans G. Jensch.** Auf feinem Mattkautschukdruck, Format 25 x 33 cm. Ladenpreis 50 $\frac{1}{2}$; wenn direkt vom Verlag bezogen für Verpackung und Porto 20 $\frac{1}{2}$ extra.

Der Verlag hat von diesem Bild, das bei seinem Erscheinen im „Wahren Jacob“ allseitige Beachtung und Anerkennung fand, Sonderdrucke herstellen lassen, auf denen die Vorzüge des Bildes infolge der Güte des verwendeten Materials und sorgfältigen Druckes noch besonders hervortreten. Dem wachsenden Bedürfnis nach künstlerisch hervorragendem und dennoch nicht zu teurem Wandschmuck für das Heim des Arbeiters wird durch die Herstellung dieses Bildes in glücklicher Weise entgegen gekommen. Es ist daher als ein geeignetes Weihnachtsgeschenk durchaus zu empfehlen.

Die soeben erschienene Nummer 26 des „Postillon“ enthält an Vollbildern und Illustrationen: Der Zuluisturm des Zentralverbandes. — Der Zeichenverband und seine Arbeiterfürsorge. — Das englische Herrenhaus. — Der Herr Staatsanwalt. — Der Sitter von Lugau. — Vor der Suppe usw. Aus dem Letzte erwähnen wir: Die fünfte Milliarde. — Aus der Reichshauptstadt. III. — Halle unser! — Die vier Pultbeinträge. — Ungeflühte Verbrechen. — Der Professor und die Nonne. — Auch ein Weihnachtsmärchen.

Der Preis der Nummer ist 10 $\frac{1}{2}$. Probenummern sind jederzeit durch den Verlag Paul Singer in Stuttgart, sowie durch alle Buchhandlungen und Kolporteurs zu beziehen.

Briefkasten der Redaktion.

* Dieser Nummer liegt das „Correspondenzblatt der General-Kommission“ für die Lokalvorstände resp. Vertrauensmänner bei. **Arbeiter-Dilettanten-Kunstausstellung in Berlin.** Die Ausstellung findet vom 16. bis 30. Januar im Gewerkschaftshaus statt. Arbeiter, die sich in ihren Wochentagen mit Mechanik und Plastik beschäftigt haben oder sonst etwas Neues geschaffen, Erfindungen usw., werden gebeten, sich mit Adolf Lebenstein, Berlin W. 30, Neue Winterfeldstr. 36, umgehend in Verbindung zu setzen.

Versammlungsanzeiger.

Unter dieser Rubrik werden so kurz wie möglich gefasste Versammlungsanzeigen unentgeltlich aufgenommen.)

Dienstag, den 21. Dezember:

Braunschweig: Im „Barischen Hof“, Delschläger 40. — **Cöln:** Abends 9 Uhr im Volkshaus, Severinsstr. 197/199. — **Dortmund:** Abends 8 $\frac{1}{2}$ Uhr im Gewerkschaftshaus, Ecke Felling- und Leibnizstraße. — **Friedrichshagen:** Bei Witwe Lerche, Rumbühl. — **Königsberg:** Abends 7 $\frac{1}{2}$ Uhr Lannaustraße 28. — **Langensalza:** Gleich nach Feierabend im „Schloßkeller“. — **Posen:** Abends 7 Uhr im „Schweizerhof“, bei Witba. — **Sorau:** Nach Arbeitschluss im Gasthaus „Zur Eile“.

Mittwoch, den 22. Dezember:

Cöln, Bezirk Nippes: Bei Zinn, Florstraße. — **Stettin:** Nach Feierabend im „Goldenen Engel“, Katharinenstraße 147. — **Glogau:** Eine halbe Stunde nach Feierabend im „Ratskeller“.

Donnerstag, den 23. Dezember:

Trier: Im „Vereinshaus“. — **Wanne:** Abends 8 Uhr bei Homburg, Schulstr. 9.

Freitag, den 24. Dezember:

Coburg: Im Gasthof „Goldener Hirsch“, Tubengasse. — **Jena:** Abends 7 Uhr im Gewerkschaftshaus „Zum Löwen“.

Sonntag, den 25. Dezember:

Bergeborf: Abends 8 Uhr bei D. Wandke, St. Petersburg. — **Brandenburg:** In der Herberge, Wollweberstraße. — **Delmenhorst:** Eine Stunde nach Feierabend bei Wegmeier, Langestraße. — **Hadersleben:** Abends 8 Uhr in der Zentralherberge. — **Herne:** Abends 8 $\frac{1}{2}$ Uhr bei Arz, v. d. Heintz-Straße. — **Iserlohn:** Abends 9 Uhr bei Gustav Lange, Nachstraße. — **Witten, Bezirk Dehnhagen:** Bei Küster, An der Werrabrücke. — **Mühlhausen i. Thüringen:** Abends 8 $\frac{1}{2}$ Uhr im „Burgkeller“. — **Nauen:** Im „Volksgarten“. — **Nannburg:** Abends 7 Uhr im „Schwarzen Adler“. — **Rathenow:** Abends 8 Uhr bei Alg. Mühlentstraße. — **Reinscheid:** Abends 8 $\frac{1}{2}$ Uhr bei Driech, Bismarckstr. 13. — **Reutlingen:** Abends 7 Uhr im „Cambrinus“, Kirchstraße. — **Roskow:** Bei Kleinert, Reguinenberg 10. — **Rudolfsstadt:** Nach Feierabend im „Cambrinus“. — **Schönebeck:** Im „Bürgerhaus“, Breiterweg. — **Stadenhagen:** Abends 7 Uhr im „Deutschen Haus“, bei Möller. — **Weimar:** Im Volkshaus.

Sonntag, den 26. Dezember:

Arnswalde: Nachm. 3 Uhr im „Goldenen Löwen“, Mittelstraße. — **Barmen-Elsfeld:** Vorm. 10 $\frac{1}{2}$ Uhr in Barmen, Gewerkschaftshaus, Parlamentsstr. 5. — **Belgern:** Nachm. 3 Uhr in Bräutigams Lokal. — **Belzig:** Nachm. 3 Uhr bei F. Thiele, Sandberge. — **Bielefeld:** Vorm. 9 $\frac{1}{2}$ Uhr in der „Zentralhalle“, Kaiser-Wilhelm-Platz. — **Bitterfeld:** Nachm. 3 Uhr im „Hohenzollern“. — **Boizenburg:** Nachm. 3 Uhr in der Gastwirtschaft „Zur Sonne“. — **Bruchmühl:** Nachm. 3 Uhr bei Albert Nagel. — **Burg a. Schwarz:** Nachm. 3 Uhr beim Gastwirt Kroll. — **Calbe:** Nachm. 3 Uhr im „Deutschen Haus“, Grabenstraße. — **Cassel, Bezirk Öhrhagen:** Nachm. 2 Uhr beim Gastwirt Siebeth in Gurhagen. — **Chemnitz, Bezirk Hohenstein-Ernstthal:** Zusammenkunft in der „Goldenen Krone“. — **Cresfeld:** Vorm. 11 Uhr bei Jüngermann, Breiterstraße. — **Detmold:** Vorm. 9 Uhr im Gewerkschaftshaus, Ecke Paulinen- und Freiligrathstraße. — **Einbeck, Bezirk Calfeld:** — **Flottbek:** Nachm. 4 Uhr bei W. David in Dockenhuden. — **Friedland i. Mecklenburg:** Nachm. 4 Uhr bei A. Siebert. — **Fürstenwalde:** Vorm. 9 $\frac{1}{2}$ Uhr bei Thomas, Windmühlentstr. 7. — **Gamm i. Westfalen:** Nachm. 2 Uhr bei W. Höbner, Königsr. 34. — **Gohensalza:** Nachm. von 3 bis 5 Uhr bei Wenzel, Bismarckstr. 1. — **Kempten:**

Vorm. 10 Uhr im Gasthaus „Zu den sieben Häusern“, Altstadt. — Lanenburg a. d. Elbe: Nachm. 4 Uhr bei Paap, Elbstraße 44. — **Lübz i. Westl.:** Nachm. 4 Uhr im Gasthaus „Zum Stern“. — **Memel:** Vorm. 10 Uhr bei Tillot, Gewerkschaftshaus. — **Mülheim a. Rhein, Bezirk Wiesdorf:** Nachm. 4 Uhr bei Rudolf Krüner, „Schaffall“. — **Mülheim a. d. Ruhr:** Vorm. 11 Uhr bei Sollenberg, Dickswall 10. — **Neubufow:** Nachm. 3 Uhr bei Rob. Meier. — **Neuruppin:** Nachm. 4 Uhr. — **Oberhausen:** Vorm. 10 Uhr bei Hermanns, Ecke Grenz- und Lothringertstraße. — **Pinneberg:** Nachm. 4 Uhr in der „Zentralhalle“. — **Reinbek:** Nachm. 5 Uhr im „Schützenhof“, Schöningstedterstraße. — **Ronneburg:** Nachm. 3 Uhr im „Fürstenteller“. — **Ruhrodt:** In Laar, bei Osternrad, Rheinstraße. — **Saarbrücken, Bezirk Zweibrücken:** Vorm. 10 Uhr im „Goldenen Stern“. — **Schneidemühl:** Nachm. 3 Uhr bei Bloch, Breiterstraße 41. — **Sonneberg:** Nachm. 3 Uhr bei Rudolf Schmidt (Kochenbeck). — **Stadthagen:** Nachm. 4 Uhr im Gasthaus „Niederjahren“, bei W. Wedderhahn. — **Treptow a. d. Toll.:** Nachm. 4 Uhr im Vöfowischen Lokal. — **Wesel:** Vorm. 11 Uhr bei Joh. Devries, Feldstraße. — **Wissen:** Nachm. 3 Uhr bei Paul Augner, Varuthertstr. 10.

Anzeigen.

(Den Anzeigen wird der Kostenpreis in Klammern beigebrückt. Das Geld ist ohne weitere Aufforderung so bald wie möglich unter der Adresse August Bringmann, Hamburg I, Pefenbinderhof 57/68, 3. St., einzuliefern. Die Post befördert Geldbeträge bis zu M. 5 für 10 $\frac{1}{2}$ per Postanweisung. Wir bitten daher, keine Briefmarken, sondern bares Geld zu senden.)

Zahlstelle Trebnitz.

Sonntag, den 19. Dezember, nachm. 3 Uhr: **Mitgliederversammlung** im „Gasthof zum goldenen Baum“. Das Erscheinen sämtlicher Mitglieder ist erforderlich. [90 $\frac{1}{2}$] Der Vorstand.

Zahlstelle Treptow a. d. T.

Am 2. Weihnachtstage, nachm. 2 $\frac{1}{2}$ Uhr: **Mitgliederversammlung** Der wichtigen Tagesordnung wegen werden die Kameraden ersucht, pünktlich und vollzählig zu erscheinen. Die Mitgliedsbücher sind mitzubringen. [90 $\frac{1}{2}$] Der Vorstand.

Zahlstelle Boizenburg u. Umg.

Die Versammlungen finden jetzt bei **O. Ohle, „Gastwirtschaft zur Sonne“**, jeden letzten Sonntag im Monat statt. [70 $\frac{1}{2}$] Der Vorstand.

Achtung, Zimmerer, Achtung! Zahlstelle Darmstadt.

Die Reiseunterstützung wird beim **Gastwirt Arthur Lion, Landwehrstraße**, ausbezahlt. [80 $\frac{1}{2}$] Der Vorstand.

Achtung!

Zahlstelle Glogau und Umg.

Arbeitslosensmeldestelle und Arbeitslosenunterstützungsauszahlung Sonnabends von 4 $\frac{1}{2}$ bis 7 Uhr bei **Hermann Grandke, Langestr. 69, 3. St.** Arbeitslosenskontrollzeit von 9 bis 11 Uhr vormittags bei **Schreyer, Laubenstr. 11.** [M. 1,10]

Zahlstelle Landshut i. Bayern.

Die Herberge der Zimmerer ist: **„Hofbräu“, Neustadt 444.** Dort wird auch die Reiseunterstützung ausbezahlt und zwar abends von 6 bis 7 Uhr. [70 $\frac{1}{2}$] Der Vorstand.

Zahlstelle Lütjenburg.

Die Reiseunterstützung wird beim Kameraden **A. Voss, Blönerstraße**, abends von 6 bis 7 Uhr, ausbezahlt. Der Vorstand.

Max Loch, fremder Zimmerer aus Wellingun

in Thüringen, seine Adresse an **Heinrich Völker, Zimmerer, Hermannsburg b. Celle.** [M. 1,20]

Zimmerer

werden noch eingestellt bei **W. Hoppe, Gießen, Bez. Magdeburg.** [M. 1,50]

Bauschule zu Berlin Neanderstr. 3,

Meister- und Pollerkurse. Gedlegteste und schnellste Ausbildung zum Meisterexamen, sowie zum Techniker und Architekten **Abendkurse :: Tageskurse ::**

Verwaltungsstelle Graudenz.

Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Zimmerer

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß des Jahreschlusses wegen sämtliche Beiträge bis 24. Dezember beglichen sein müssen. **Restwochen sollen überhaupt nicht vorkommen.** Auch sei bemerkt, daß in diesem Jahre am Jahreschlusse die 54. Beitragswoche erhoben wird. [90 $\frac{1}{2}$] Der Vorstand.

Weltberühmte Isländer

M. Mosberg's Arbeitergarderoben
mit der Schutzmarke sind unerreicht!



Um die allein echten, weltberühmten Original-Fabrikate von M. Mosberg zu erhalten, schreibe man stets: **Firma M. Mosberg, Bielefeld.**

Beste und schnellste Bedienung! Stets neue Anerkennungen!

Nur erprobt gute Qualitäten! Preislisten gratis!

Weihnachtsgeschenk für Zimmerer.

Selbst den tüchtigsten Volieren zu empfehlen sind die nach eigener vieljähriger Praxis deutlich erklärten und deshalb überall sehr anerkannten Werke:

Wolfs Praktische Ausführung der Schifflung und Dachverbandhölzer mit 406 Figuren, einschließlich 12 zusammenlegbaren Dächern, sowie 10 Kantenholzmobeln und verschiedenen Modellfiguren. **Großformat, geb. Preis M. 6,75.**

Wolfs Dachausmittlung und Dachkonstruktion mit 341 Figuren, einschließlich 12 zusammenlegbaren Dachmodellen. **Taschenformat, geb. Preis M. 3,50.** Beide Werke „Groß- und Taschenformat“ zusammen **M. 9,25.**

Wolfs Praktische Ausführung der Treppen mit 300 Figuren, einschließlich der aufstellbaren Wangen- u. Kantenholzmobeln einer gewundenen Treppe und einiger Wangentropfschilde, nebst verschiedenen Modellfiguren. **Großformat, geb. Preis M. 6.**

Wolfs Zimmererarbeitenlohn, Handbuch zur Ermittlung der Arbeitspreise mit Arbeitszeit und den Lohnsätzen von 20, 25, 30 bis 60 $\frac{1}{2}$ pro Stunde. **Taschenformat, geb. Preis M. 3.** Beide Werke: „Ausführung der Treppen“ und „Zimmererarbeitenlohn“ **zus. Preis M. 8.**

Wolfs Gartenlauben, Verandas und Giebelverzierungen

mit 60 Garteneingängen, Einfahrten und Laubbogen nebst Säulen und Laubwänden. 55 offene und geschlossene Lauben sowie 36 Verandas, Kolonnaden und Giebelverzierungen. Außerdem verschiedene Profilierungen von Säulen, Kopfsäulen, Voluten, Nischen- und Spartenköpfe; Trauf- und Giebelbehänge. Insgesamt 262 meist große und deutliche Figuren. **Großformat, geb. Preis M. 6,75.** Bestellungen nimmt **Gustav Wolf, Architekt, Leipzig-Schleußig, Deferstr. 18**, selbst entgegen.

Zimmerer Deutschlands!

Isländer, prima 2 Bänder, M. 7; Dresdener Zimmermannshofe & Paar M. 4,50; garantiert echt schwarze Samthofe M. 10; prima Lederhose, Sorte I M. 6,50, Sorte II (2 $\frac{1}{2}$ Bänder) M. 4,50; echt braune und echt schwarze Manchester-Hosen, Sorte I M. 8, Sorte II M. 6; Jacketts (eins- und zweireibig), Sorte I M. 15, Sorte II M. 12, mit gutem, warmem Futter; garantiert echt schwarze Samtweste, zweireibig (Verlunternköpfe), a. Stück M. 4,80, 5. Stück M. 9.1. Neu! Garantiert echt schwarze Leberhosen, Dreidrahtgewebe, mit Leberlächen, & Paar M. 6; Jacketts mit warmem Futter M. 11; Hose, Sorte II M. 5, Jackett M. 10; nach Maß zu gleichen Preisen verfertigt bei Bestellungen von M. 10 an überallhin portofrei. Streng reell. Nicht Gefallendes nehme retour. Verlangen Sie die Preisliste frei!

Emil Hohlfeld, Dresden-N., Ritterstr. 2-4,

Verwandhaus und Fabrikation für Zimmerer und Maurer. Druck: Hamburger Buchdruckerei und Verlagsanstalt Auer & Co. in Hamburg.